

blätter des iz3w
 informationszentrum dritte welt - iz3w

Schwerpunktthema:

SÜDLICHES AFRIKA



Nr. 126 · Juni 1985

Südlisches Afrika:

Der Apartheidsstaat 1985

Freiheitscharta contra
black consciousness?

Zwangsumsiedlungen

Das grüne Band der Sympathie

Angola: Krieg ohne Ende?

Leben und Widerstand schwarzer Frauen

Nachrichten und Berichte zu:

Paraguay

Puerto-Rico

El Salvador

Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo: DM 40,-
 (DM 30,- für einkommensschwache
 Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr.
 Informationszentrum Dritte Welt,
 Postfach 5328, 7800 Freiburg

K.D. Hoffmann
 Militärherrschaft und Entwicklung
 in Lateinamerika: Der Fall Ecuador
 unter besonderer Berücksichtigung
 des Militärregimes 1972 - 1979

Saarbrücken 1985 (Forschungen zu Lateinamerika Bd. 2; X + 670 S.)
 zu beziehen für DM 62,- (incl. P&P)
 bei: K.D. Hoffmann
 Cheruskerstr. 41
 4330 Mülheim-Ruhr

arbeitsgemeinschaft **ag**
 sozialpolitischer arbeitskreise **spak**

Ermittlung einer Bildungskonzeption
 in der Arbeit mit Frauen nach P.
 Freire

Eine Arbeit aus der Frauenbewegung
 von Christa Glock
 163 S. verкл. DM 9,00

Zur Pädagogik Paulo Freires und
 A.S. Makarenkos

- ein Vergleich beider Pädagogen
 in Theorie und methodischem Ansatz
 360 S. DM 15,00

Dokumentation:

Indianer Ecuadors wollen ein
 gigantisches Ölpalmenprojekt nicht.
 Wir sollen sie dabei heftig, solidarisch
 unterstützen.

Broschüre, 50 S. DM 3,-
 (bitte in Briefmarken beilegen)

Alle 3 Publikationen sind erhältlich
 bei: AG SPAK

Kistlerstr. 1
 8000 München 90

LATEINAMERIKA nachrichten

13. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN 140
 Berlin (West) August 1985 DM 4,50

Aus dem Inhalt:
ARGENTINIEN: Wirtschaft — **BOLIVIEN:** Wahlen — **GUATEMALA:**
 Entwicklungshilfe für Aufstandsbekämpfung — **HONDURAS:** Nicht
 nur eine Bananenrepublik (II) — **PERU:** "Antisubversiver Kampf"

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial:	3
— AMAZONIEN: Wie "entwickelt" man Amazonien	5
— ARGENTINIEN: Einschätzung der neuesten Wirtschaftsmaßnahmen	9
— BOLIVIEN: Wahlen: das Pendel schlägt nach rechts	12
Die Campesinos fordern eine radikale Agrarreform	18
BRD – Bolivien	22
— CHILE: Die undurchdringlichen Mauern der Repression	24
— GUATEMALA: Entwicklungshilfe für Aufstandsbekämpfung ...	27
— HONDURAS: Nicht nur eine Bananenrepublik, Teil II	32
— NICARAGUA: 10 Jahre Kampf mit den Somozenten	47
Das Handelsembargo und seine tödlichen Folgen (Aufruf)	54
— PERU: "Antisubversiver Kampf"	57
Aktion Inka: Ein Oberhäuptling nach dem Geschmack des Publikums?	65
— URUGUAY: Hilferuf der Tupamaros	70
— WEST – BERLIN: Uni-Prof. Blumenwitz 'rausgeschmissen	74
— REZENSION: Die Rivalen des befreienden Gottes	77
— ZEITSCHRIFTENSCHAU	81
— EINGEGANGENE BÜCHER	82
— TERMINE	23

Impressum
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Jahrgang 13 der CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)
ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Christian Klemke
Druck: Movimento, Berlin-West
Redaktionsschluß: 18. Juli 1985

Abo-Preise:
Individuelles Abo DM 50,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
Institutionen-Abo DM 65,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährlich berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig.

Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postscheckkonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Im Mehringhof
Gnellsenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel. 030/693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1.3.1985

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

Editorial

Der Sommer bricht wieder über uns herein mit seinen Icecreams und Sonnenölen. Da Baden in bundesdeutschen Gewässern nicht unbedingt gesund ist, werden wieder Millionen Urlauber an ferne Strände jetten oder fahren. Genauso selbstverständlich wie die Touristen meinen, jeder Strand und jede Sehenswürdigkeit müßte ihnen offenstehen, werden auch einige hunderte (tausende) "Forschungsreisende" ihren Wissenschaftsdrang mit einem kleinen, von wem auch immer finanzierten Feldforschungsaufenthalt antreten. Diese Freizügigkeit der Bürger der Ersten Welt – auch der Mitglieder der Redaktion – wird als selbstverständliches Ergebnis der fortschreitenden Integration in unser Weltdorf gesehen. Aber wehe, wenn die Menschen aus der Dritten Welt, die Hunger oder politischer Verfolgung ausgesetzt sind, auf die gleiche Idee kommen, bei uns ihr Heil zu suchen!

Die haßerfüllten Worte der Lummer und Konsorten, die unser Volk von Fremdbestimmung durch rassische Unterwanderung schützen wollen, stoßen leider nicht nur auf taube Ohren. Es ist wichtig, gegen diese sich breitmachende Ausländerfeindlichkeit anzugehen. Der Aufruf auf S. 80 ist ein Versuch dazu.

African Aid. Der Globus rockte gegen den Hunger, als mediengerechtes Spektakel inszeniert. Kaum ein kritisches Wort über die Ursachendes Hungers trübte derlei "Völkerverständigung". Stattdessen eine Umarmung zwischen Tina Turner und Mick Jagger, die mehr Emotion hervorrief als David Bowies Negerkinder vom Videoband.

Lieber Udo Lindenberg, wir meinen, daß nicht nur "die Kapitäne auf den Kommandobrücken in Washington und im Kreml das totale Rad ab(haben)" sondern auch diejenigen, die publikumswirksam eine Show ab- bzw. "reinziehen", die an den wesentlichen Problemen des Verhältnisses zwischen Erster und Dritter Welt vorbeigeht.

Im Zuge der "Entmilitarisierung" lateinamerikanischer Herrschaftsformen haben Wahlen nach "bürgerlich-demokratischem" Muster in den letzten Jahren bei der Frage nach der Legitimation von Regierungen wieder an Gewicht gewonnen. Die Auseinandersetzungen um die Wahlen in El Salvador und Nicaragua und ihre formalen Züge waren ein beredtes Beispiel dafür.

Wurde aber schon dabei deutlich, wie bestimmte Kreise die jeweiligen Bedingungen gemäß ihren Interessen interpretieren, zeigen auch die neuesten Wahlen die Fragwürdigkeit einer Legitimation über solche Urnengänge.

In Mexiko gebiert die Zähigkeit der PRI beim Kampf um den Wahlerfolg immer neue Mittel auf dem Weg zu Sieg und Macht. In Bolivien haben die Enttäuschung über die Mitte-Links-Regierung und dubiose Registrierungstechniken Alt-Diktator Banzer auf Platz 1 der Wählergunst gesetzt. Seine Mitschuld an der gegenwärtigen Misere ist bekannt. Er, wie auch seine wichtigsten Konkurrenten, hat kein Rezept für die Überwindung der Krise...

In Berlin fanden vom 19. bis 23. Juni die LATEINAMERIKA TAGE statt. Über 50 politische und kulturelle Veranstaltungen gingen dabei über die Bühne. Das Programm wurde in etwa einjähriger Vorbereitungszeit von den beteiligten Gruppen zusammengestellt und vom FDCL koordiniert.

Während und nach der Veranstaltungsreihe wurden Vorwürfe speziell gegen das FDCL laut, daß keine Auswahl der teilnehmenden Gruppen nach politischen Kriterien getroffen worden sei. Damit wurde jedoch das Selbstverständnis des FDCL mißverstanden, welches nicht stellvertretend für alle beteiligten Gruppen die "Gütesiegel der Bewegung" verteilen kann und will, ohne damit die Absicht zu haben, sich der politischen Auseinandersetzung zu entziehen.

Was vor diesen LATEINAMERIKA TAGEN aber offensichtlich nicht in ausreichendem Maße gelungen ist, ist eine Diskussion über ihren Charakter: Sollen sie einen weiten, "pluralistischen" Rahmen zur Darstellung unterschiedlichster Gruppen anbieten oder soll in der Vorbereitung versucht werden, politische Ziele und Kriterien der Veranstaltungen schärfer zu definieren als es bisher der Fall war? Diese Konflikte bilden unseres Erachtens aber auch Probleme ab, die in der gesamten Solidaritätsbewegung nicht gelöst sind.

Nur auf der Grundlage einer solchen Diskussion um den Charakter der LATEINAMERIKA TAGE kann in Zukunft frühzeitig auch eine politische Bewertung einzelner Gruppen und Strömungen versucht werden. Eine solche öffentliche politische Auseinandersetzung, aber kein Ausschlußverfahren qua administrativer Macht, muß das Ziel sein. Eine solche Auseinandersetzung wird in diesem Heft - bezüglich der LATEINAMERIKA TAGE nachträglich, aber sonst weiterhin aktuell - mit der "Aktion Inka" begonnen, einer der während der LATEINAMERIKA TAGE umstrittensten Gruppen.

AMAZONIEN

Wie "entwickelt" man Amazonien: oder Die Worte Ethnozid, Ökozid und Integrozid kamen nicht vor

Vom 27.-29.5.1985 fand in Lima ein internationales Seminar unter dem Thema "Vergleichende Entwicklung in Amazonien" statt. Ethnologen, Soziologen, Experten und Agrartechniker von Canada bis Chile, die über Kolonisation und Bodennutzung im tropischen Regenwald Amazoniens geforscht haben, trafen sich, um über ihre Studien und Erfahrungen zu berichten und um ein Informationsnetz - Development Anthropology Network - einzurichten, damit künftig ein besserer Austausch zwischen allen an diesem Thema Arbeitenden stattfinden kann. Finanziert wurde das Seminar von der National Science Foundation, die von der US-Regierung finanziert wird.

Die Themen reichten von neuen Forschungsansätzen und Systematisierung von Forschung bis zu konkreten Berichten über Kolonisationsprojekte. Die Vorträge und anschließenden Diskussionsbeiträge ließen die sehr unterschiedlichen Ansätze der Teilnehmer und deren begrenzte, in ihren eigenen Studien befangene Aufnahme- und Verständnisfähigkeit erkennen.

Techniker, darunter US-AID-Experten, gingen davon aus, daß alles machbar sei, wenn nur die richtigen Studien und exakte Bodenanalysen vorliegen. Allgemein wurde davon ausgegangen - und das wurde als "realistisch" bezeichnet -, daß "Entwicklung" nicht aufzuhalten sei und so oder so kolonisiert würde, also mußte man das Beste daraus machen. Ethnologen beklagten, daß es nur Studien über Indianer gäbe und kaum welche über Kolonisten. Progressive Indigenisten wollten es den Indianern selbst überlassen, wie sie sich integrieren und welche Alternativen sie entwickeln. Sie bedachten nicht, daß Indianer, die man zwingt, sich in den Markt zu integrieren und damit großflächig anzubauen, ebenso zur Bodenzerstörung beitragen wie Nichtindianer und daß sie für durch Kolonisationsprojekte in der Nähe ihrer Siedlungsgebiete entstandene

ökologische Probleme auch keine Lösungen anzubieten haben. Landbesitztitel für Indianer für eine kleine, begrenzte Fläche lösen nicht automatisch alle Probleme, wenn das Gleichgewicht zwischen Größe einer Bevölkerungsgruppe und notwendiger Anbaufläche gestört ist. Indianer sehen sich ebenso den ökologischen Problemen der Übernutzung des Amazonasbeckens ausgesetzt wie die Kolonisten, zumal wenn ihre zusätzliche - oder für viele Tieflandindianer hauptsächliche - Ernährung durch Jagen und Fischen wegfällt, weil Wild immer seltener wird und Flüsse mit Dynamit leergefischt sind.

Alle Teilnehmer und Vortragenden waren sich darin einig, daß alle bisherigen Kolonisationsprojekte als gescheitert anzusehen sind, gleich ob es sich um spontane oder gelenkte Kolonisation handelt. Es wurde von der "zunehmenden Wahrscheinlichkeit des Scheiterns" mit dem Anwachsen der Bevölkerung in dem Gebiet gesprochen. Es bestand Übereinstimmung, daß es nur eine einzige Monokultur gibt, die wirklich ertragreich ist und die die Bedürfnisse der Bauern deckt. Diese Monokultur

- ist anspruchslos, was die Bodenqualität betrifft,
- ist pflegeleicht, weil insektenunanfällig, und kommt ohne Dünger aus,
- kennt keine Transportprobleme, weil leichtgewichtig,
- bringt keine Vermarktungsprobleme mit sich, weil sehr gefragt.

Es ist der jahrtausendalte Cocastrauch. Alle waren sich einig, daß es kein einziges Produkt gibt, daß die Coca ersetzen könnte, so sehr die USA auf Zerstörung und Ausrottung der Coca-Kulturen drängt und verlangt - und dies mit Militärgewalt durchsetzen will -, daß statt Coca andere Produkte angebaut werden.

Trotz dieses Konsums kam keiner der Anwesenden darauf vorzuschlagen, die Coca zu legalisieren und zu nationalisieren und vom Staat offiziell verkaufen zu lassen, wer immer Coca kaufen will. Das Geschäft der Mafia der Drogenhändler ist in Lateinamerika ohnehin nicht in den Griff zu bekommen. Mit dieser Lösung würden viele Kleinbauern Südamerikas und besonders Boliviens und Perus aus der Illegalität entlassen und die Staaten könnten zugleich die Auslandsschulden durch die Coca-Einnahmen bezahlen. Es wird doch sonst immer die freie Marktordnung beschworen, die so viele lateinamerikanische Staaten in die Schuldenmisere getrieben hat!

Alle anderen Monokulturen wurden von den Teilnehmern für Amazonien als auf Dauer nicht erfolgversprechend eingestuft. Einig war man sich auch, daß die Monokultur "RIND" in Amazonien keine Zukunft hat und sehr zur Bodenzerstörung beiträgt.

Diskutiert wurde die Kolonisationsmystik der staatlichen Kolonisationspolitik aller Amazonasstaaten, die immerzu von der Eroberung des "mensenleeren" Regenwaldes und der Erweiterung der Grenzen der Zivilisation spricht. Zivilisation bedeutet hier westlich orientierte Landnutzung durch Ackerbau und Weidewirtschaft. Diskutiert wurde die Lebensqualität der Urwaldbewohner - Indianer und Kolonisten -, ohne sich zu fragen, was diese vielleicht darunter verstehen. Es wurde anerkannt, daß die einzige bisher bekannte erfolgreiche und den Urwaldboden nicht zerstörende "Nutzung" die traditionelle indianische Anbauweise sei - Brandrodung kleiner Urwaldgebiete, die nach 4-7jähriger Nutzung wieder zuwachsen.

Über Indianer wurde nicht viel diskutiert. Indianer waren auch nicht eingeladen. Man war sich einig, daß die wenigen wirklich "Wilden", die in den Naturparks noch traditionell leben, früher oder später integriert würden. Die Worte Ethnozid, Ökozid und Integrazid und was sie beinhalten, kamen nicht vor!

Warum Indianer sich wehren, statt im tropischen Regenwald in Monokulturen als billige Arbeitskräfte zu leben, wurde nicht einmal diskutiert. Es wurde davon ausgegangen, daß sie dann doch Arbeitsplätze hätten, sowie den unschätzbaren Vorteil, nicht nur gegen Malaria mit DDT besprüht zu werden, wie bis heute in vielen Amazonasgebieten üblich, sondern sie kämen zusätzlich in den Genuß von großflächigen Pestizidsprüheinsätzen aus Flugzeugen, die sich nicht nur mehr oder minder vorteilhaft auf ihre Monokulturen auswirken würden, sondern ebenso auf alles, was sie zum Überleben anbauen, und auch noch auf das Wasser ihrer Flüsse, von denen sie und die Fische leben!

Ein Seminar von Experten und Ethnologen und keine Stimme, die sagt, wir müssen den noch vorhandenen tropischen Regenwald schützen, jedenfalls solange bis wir eine Lösung gefunden haben! Aber das gilt als unrealistisch und verrückt. Man ist ja fortschrittlich! Die Realität, daß mit ihrer Hilfe und der ihrer Studien Amazonien der Zerstörung anheimfällt, sehen sie nicht, oder wollen sie nicht sehen. Forscher wollen eben forschen. Das war wohl immer so. So konstruieren Wissenschaftler und Experten, die wissen, daß jedes noch so gut gemeinte Kolonisationsprojekt langfristig nur weiter zerstört, auch wenn das kurzfristig nicht immer gleich sichtbar wird, ganz selbstverständlich mit an dieser Zielsetzung.

Eine Teilnehmerin machte schließlich darauf aufmerksam, daß man nicht über die Pampa Argentiniens diskutiere, sondern über Kahlschlag und Kolonisation eines gewachsenen Ökosystems, das man wissentlich zerstöre, ohne ein Äquivalent schaffen zu können, weil man das nicht kenne.

Zum Abschluß sprach ein Vertreter der Evolutionstheorie - ein Nordamerikaner - von den Wundern der Eroberung ganzer Kontinente durch die menschliche Vernunft. Nur Amazonien sei immer noch nicht ganz erobert, und das sei eine Herausforderung für die Wissenschaft! Anschließend wurde ein Film gezeigt, finanziert von der US-Gulf-Petroleum-Company, ein Film der National Geographic Society über Pflanzen- und Tierwelt im tropischen Regenwald Costa Ricas. Da wurde allen Teilnehmern in hinreißend schönen Nahaufnahmen die heile Welt des tropischen Regenwaldes vor Augen geführt, die alle Anwesende aus eigener Anschauung kennen, aber wohl kaum so nah in Groß- und Detailaufnahmen gesehen haben. Der Film fand berechnete große Zustimmung. Die Ironie, die darin liegt, daß ausgerechnet nach drei Tagen Fachdiskussion über die unvermeidbare Zerstörung des tropischen Regenwaldes durch Kolonisation ein Film über die Schönheiten eben dieses Regenwaldes, finanziert von einer ölausbeutenden Transnationalen, vorgeführt wird, scheint den Teilnehmern verborgen geblieben zu sein.

ARGENTINIEN

Einschätzung der neuesten Wirtschaftsmaßnahmen

Am 16. Juni verkündeten Alfonsín und sein Wirtschaftsminister Sourrouille gemäß den kurz zuvor mit dem IWF ausgehandelten Vereinbarungen für die Genehmigung eines Stand-By-Kredit von 1,42 Milliarden (Sonderziehungsrechte) ein sehr hartes Stabilisierungsprogramm zur Kontrolle der Inflation. Im März hatte der IWF die Auszahlung eben dieses Kredites gestoppt und somit die nun verkündeten Maßnahmen erzwungen.

Die bisherige Peso-Währung wird durch den Austral ersetzt, wobei 1.000 alte Pesos Argentinos 1 Austral entsprechen. Die neue Parität wird gegenüber dem US-Dollar auf 0,80 Austral = 1,- US-Dollar festgesetzt.

Die Preise wurden vorübergehend auf dem Niveau vom 13. 6.85 eingefroren. Gleichzeitig wurde ein Lohnstopp verfügt, wobei zuvor nochmals eine Anhebung der Löhne sowie Pensionen für Juni d.J. um 22,6 bzw. 25,1 % berücksichtigt wurde.

Durch eine drastische Kürzung der Staatsausgaben sowie Steuererhöhungen und eine verbesserte Steuereinzahlung soll als Kernpunkt des Sparprogramms das Staatshaushaltsdefizit auf 2,5 % des BIP im 2. Halbjahr 1985 reduziert werden (derzeit noch 10 % des BIP). Die Geldschöpfung des Schatzamtes soll fortan gestoppt werden und die Ausgaben des Staates einzig und allein mit Einnahmen bestritten werden.

Die Regierung wird alle Anstrengungen zur Erhöhung des Sparaufkommens unternehmen, um dem Staat u.a. bessere Finanzierungsmöglichkeiten bei der Durchführung von Infrastrukturvorhaben zu geben.

Die Zinssätze für Einlagen und Kredite auf dem regulierten Kreditmarkt wurden auf 4 % bzw. 6 % p.M. ermässigt. Der freie Kreditmarkt soll aufrechterhalten bleiben.

Alle Schulden und Kredite werden in Australes zum jeweils am Tage der Fälligkeit geltenden Kurs umgerechnet.

Soweit die "Mitteilungen für den Außenhandel" der Deutsch-Südamerikanischen Bank vom 19.6.85. Nur folgendes wäre zu ergänzen: Während die Preise auf dem Niveau vom 13. Juni eingefroren werden, müssen die Löhne auf dem Niveau vom 30. Mai bleiben. In diesen ersten beiden Juniwochen aber stiegen die Preise allein schon um 30 bis 40 %. (Allein die Gebühren für öffentliche Dienstleistungen

stiegen in den letzten Wochen um 150 %.) Dieser Verlust aber wird den Lohnabhängigen nicht zurückerstattet, denn die Lohnerhöhung vom Juni bezieht sich auf die Preissteigerungen vom Mai, von denen zudem nur 90 % berücksichtigt wurden. Als zentraler Aspekt der nun verkündeten Maßnahmen ist somit zunächst die automatische Senkung der Reallohne um mindestens 30 bis 40 % anzusehen. Da nun das argentinische Bruttoinlandsprodukt 75 Mrd. Dollar beträgt und davon 30 %, also 22 Mrd. Dollar den Lohnanteil ausmachen, werden die beschlossenen Sanierungsmaßnahmen nach einem Jahr den Transfer von mindestens 6,7 Mrd. Dollar an die Kapitalisten bewirken (und das auch nur, wenn man von der sehr optimistischen Annahme eines Kaufkraftverlustes des Lohnes von "nur" 30 % ausgeht).

Die Zinsen der Auslandsschuld werden in diesem Jahr 5 Mrd. betragen. Etwa 3 Mrd. davon werden durch den Außenhandelsüberschuß bezahlt. Die restlichen 2 Mrd. werden aus dem jetzt von den Lohnabhängigen konfiszierten 6,7 Mrd. bezahlt. Davon bleiben aber noch 4,7 Mrd., die teilweise an die von den Maßnahmen profitierende Exportwirtschaft, teilweise an den Staat transferiert werden, der mit diesen Mitteln wiederum die Verluste der stark verschuldeten Privatwirtschaft bezahlen wird; so wird also u.a. eine Verstaatlichung der privaten Verschuldung ermöglicht.

Der Wechsel von Peso zu Austral beinhaltet ja eine Entwertung der Peso-Schulden, denn das Zinsniveau blieb für ganz Juni bei 30 bis 40 %, während die Inflation allein in den ersten zwei Wochen des Monats diese Höhe erreichte.

Eine weitere schwerwiegende Folge der Stabilisierungsmaßnahmen ist, daß sich die Regierung und die Zentralbank verpflichteten, die Geldemission mit den Außenhandelsüberschüssen oder mit Auslandskrediten zu decken, um den Wechselkurs konstant zu halten. Das ist ein wichtiger Schritt in Richtung auf eine Dollarisierung der nationalen Finanzen. Denn die gesamte monetäre Basis des Landes, c.a. 1,8 Mrd. Dollar, muß in Zukunft durch Kredite der internationalen Privatbanken bzw. des US-Schatzamt besorgt werden, wozu sich letzteres bereit erklärt hat. Die Auslandskapitale aber, die in das argentinische Finanzsystem investiert werden, werden einen jährlichen Zinssatz von 60 % erhalten. Folge davon könnte eine Erhöhung und Beschleunigung der argentinischen Verschuldung sein, wie sie durchaus mit derjenigen unter der letzten Militärdiktatur vergleichbar wäre.

Die innenpolitischen Folgen und Reaktionen auf diese Maßnahmen waren für die Regierung selbst überraschend "positiv". Es gelang Alfonsín, vor allem in den Mittelschichten erneute Hoffnungen und Vertrauen zu wecken. Die Geldsparer erneuerten entgegen allen pessimistischen Erwartungen ihre Bankdepotiten. Die Unternehmerverbände verkündeten ihre Zustimmung. Nur der Minderheitssektor des Industriellenverbandes verhielt sich zurückhaltend. Nach anfänglicher verbaler Ablehnung lenkten aber auch die Gewerkschaftsfüh-

rungen ein. Mehr noch: die Erwartungen, die durch diese Maßnahmen vor allem unter den Inflationsverdrossenen Mittelschichten geweckt wurden, hatten zur Folge, daß: a. die seit Wochen zu verzeichnende Aufwärtsentwicklung der kämpferischen Gewerkschaftssektoren abgebrochen wurde. Die unmittelbaren Nutznießer hiervon sind die alten Gewerkschaftsbürokraten, die nun die offene Unterstützung der UCR-Regierung genießen. Das trug zur endgültigen Verwirrung und Demoralisierung unter den "Erneuerern" innerhalb der peronistischen Bewegung bei.

b. Im November sollen Parlamentswahlen stattfinden. Diese Rechtswendung der Regierung Alfonsíns wird den Zuwachs der rechtsliberalen Partei Alvaro Alsogarays, der immer mehr Zulauf von enttäuschten Mittelschichtlern bekommen hatte, vorläufig stoppen. Wenn es Alfonsín gelingt, die Unterstützung durch die traditionellen Mittelschichtwähler der UCR zu halten – was nicht wahrscheinlich ist –, und wenn der Peronismus in seiner Erstarrung verharret – was unvermeidlich erscheint –, werden die Novemberwahlen für argentinische Verhältnisse ein einmaliges Ergebnis bringen: Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes wird eine Partei für ein Wirtschaftssanierungsprogramm traditioneller monetaristischer Prägung die Stimmenmehrheit bzw. eine feste soziale Basis erhalten.



BOLIVIEN

Wahlen: Das Pendel schlägt nach rechts

Bei den wegen der tiefen Krise vorgezogenen allgemeinen Präsidentschaft-, Parlaments- und Regionalwahlen erreichten die Regierung und die Linke niederschmetternde Ergebnisse. Mit Ex-Diktator Generalissimus Banzer und dem USA-orientierten Paz Estenssoro haben die beiden wichtigsten Kandidaten der Rechten fast zwei Drittel der Stimmen erringen können. Das restliche Drittel teilt sich auf die anderen 16 Gruppierungen mit ihren Kandidaten auf.

BANZER LIEGT VORN

Was muß in einem Land vorgefallen sein, wo nach 7 Jahren der Diktator durch Wahlen an die Macht zurückgeholt wird, der 1978 durch eine breite Protestbewegung in der Bevölkerung aus dem Amt gejagt wurde? Noch ist Banzer allerdings nicht Präsident, denn die über 50 % der Stimmen, die er benötigt, hat er nicht erreicht. Doch nach den vorläufigen Ergebnissen und Hochrechnungen der Wahlen vom 14. Juli liegt er eindeutig und mit deutlichem Vorsprung an erster Stelle. Mit seiner Nationaldemokratischen Aktion ADN wird Banzer etwa bei 37 % liegen, während Paz Estenssoro mit dem konservativen Teil der Nationalrevolutionären Bewegung MNRH etwa 25 % der Stimmen erreicht haben soll. An dritter Stelle liegt der frühere Vizepräsident Paz Zamora und sein Teil des sozialdemokratisch orientierten MIR mit 10 %. Alle übrigen 15 Bewerber samt Parteien und Wahlbündnissen liegen z.T. weit unter 5 %. Auch die Partei des amtierenden Präsidenten Siles Zuazo wird im neuen Parlament nur noch als Splitterpartei vertreten sein.

Das Tauziehen und Gerangel um Macht und Posten wird allerdings erst nach der endgültigen Auszählung und Sitzverteilung richtig losgehen. Eine direkte Ableitung der Sitzverteilung in Abgeordnetenhaus und Senat anhand der Wählerstimmenanteile ist nicht möglich. Ein komplizierter Schlüssel verteilt die Sitze departementweise und kann noch erhebliche Verschiebungen bringen. Allerdings ist nicht zu erwarten, daß bei diesem Wahlergebnis eine absolute Mehrheit für eine Partei herauskommt. Dies ist auch alles andere als wünschenswert, da davon allerhöchstens Banzer

profitieren könnte.

Am 3. August muß also der Kongreß, d.h. Abgeordnetenhaus und Senat zusammen, einen neuen Präsidenten bestimmen. Mit dieser Abstimmung und den Vorverhandlungen dazu werden in ganz entscheidendem Maß die Weichen für die nächste Regierung und ihre Stärke gestellt. Die Frage ist also, gelingt es, über die Kürung des Präsidenten hinaus zu Koalitionsvereinbarungen zu kommen. Dann kann der Präsident, der ja zugleich Regierungschef ist, auch für die Regierungsarbeit mit einer Parlamentsmehrheit rechnen. Kommt kein Koalitionsabkommen zustande, könnte es dem nächsten Präsidenten ähnlich ergehen wie Siles, der außer zum Zeitpunkt seiner Wahl nie mit einer sicheren Mehrheit im Parlament rechnen konnte. Darin lag ein Teil der Probleme dieser Regierung begründet, denn in letzter Zeit konnte sie deshalb kein einziges Gesetzesvorhaben mehr durchbringen.



August 1971: Mario Gutierrez (FSB), General Hugo Banzer und Victor Paz (MNR). Die Rechte ist vereint im F.P.N.

Werden sich der Polit-Veteran Paz Estenssoro und der Ex-Diktator Banzer als Partner verstehen, um die bolivianische Wende gemeinsam durchzuführen, oder sehen sie sich als Kontrahenten um die Präsidentschaft? Sollten sich beide, wie einst nach Banzers blutigem Putsch 1971 auf eine gemeinsame Regierung verständigen können, ist ihnen gemeinsam eine breite Mehrheit bei den Abstimmungen sicher. Wenn aber beide nicht auf ihre Chance, erneut in den Präsidentenpalast einzuziehen, verzichten wollen, werden all die übrigen Parteien die Königsmacher sein müssen. Damit wird den linken Parteien, die allesamt nicht viele Stimmen gewinnen konnten, eine schwierige Entscheidung abverlangt. Es ist also noch immer denkbar, ja vielleicht gar nicht so unwahrscheinlich, daß Banzer, der sich bereits als Sieger feiern läßt, Paz E. als dem etwas kleineren Übel den Vortritt lassen muß.

PROGNOSEN BESTÄTIGT

Überraschend war dieser Wahlausgang nicht. Seit langem werden den beiden Exponenten des konservativen Lagers die besten Chancen gegeben, nicht nur die sich als links verstehende Regierung Siles abzulösen, sondern auch der Linken insgesamt eine Wahlniederlage zu bereiten. Trotzdem war vielleicht eine so drastische Niederlage, vor allem für die Partei (MNRI) des Präsidenten mit bisher etwa 4 %, nicht erwartet worden.

Weil aber das Ergebnis insgesamt den Vorhersagen zumindest im Trend, wenn auch nicht in der genauen Aufteilung der Stimmen, entspricht, scheint das genaue Ergebnis in gewisser Hinsicht zweitrangig zu sein. Vor allem die Wahlfälschungen sind deshalb kaum ein Thema, ja sie sind in Lateinamerika unter den Herrschenden offenbar so selbstverständlich geworden, daß man sie zugeben kann ohne befürchten zu müssen, daß daraus Konsequenzen folgen könnten.

Der Wahlleiter gestand ein, daß nicht alle Wahllokale korrekt und während der vorgeschriebenen Zeit geöffnet waren und daß in La Paz eine große Zahl von Schlössern für die Wahlurnen gestohlen wurden. Auch eine vorbereitete Wahlurne mit gefälschten Wahlzetteln soll aufgetaucht sein und bereits vor der Wahl ist ein gefälschter Wahlausweis eines ADN-Anhängers gefunden worden. Offenbar war sich Banzer seiner Sache doch nicht so sicher, oder er wollte gleich im ersten Wahlgang für sich alles klar machen. Über diese, fast schon als institutionalisierter Sport anerkannten, Fälschungen wurde beschämend wenig Aufhebens gemacht, ja sie wurden noch heruntergespielt.

Viel einschneidender ist jedoch die Verfälschung der Wahl durch den teilweisen Ausschluß der Landbevölkerung. Für die um ein Jahr vorgezogenen allgemeinen Wahlen, bei denen die Bevölkerung

erstmalig auch aufgerufen war, zugleich die regionalen Vertretungen zu wählen, waren die Eintragungen und Vorbereitungen ungewöhnlich schleppend vor sich gegangen. Unterstellt man eine gewisse, durchaus verständliche, anfängliche Politikverdrossenheit vor allem auf dem Land, so sind doch erhebliche administrative Schwierigkeiten hinzugekommen. Dadurch war es einem Großteil der Landbevölkerung nicht möglich, sich rechtzeitig in die obligatorischen Wählerlisten einzutragen, um ihr Wahlrecht am 14. Juli wahrnehmen zu können. Dieser Verwaltungsaufwand hat eigentlich den Sinn, Wahlmanipulationen in einem Land mit unvollständiger Einwohnerstatistik einzuschränken. Hier war aber die Folge, daß das Wahlrecht für einige Bevölkerungsgruppen eingeschränkt wurde.

Da bei der Landbevölkerung davon ausgegangen wird, daß sie in weit geringerem Maße für die beiden Erstsplazierten Banzer und Paz E. votieren, sondern ihre Stimme eher einer linken Gruppierung geben würden, wurde daraus im Endspurt des Wahlkampfes noch ein Zankapfel. Auf jeden Fall sind viele Verzögerungen auf die allseits desolate Situation im Land zurückzuführen. Aber der Regierung ist auch der Vorwurf zu machen, diese letzte, hauchdünne Chance der Linken verschlafen zu haben. Viel zu spät hat sie die Fakten wahrgenommen und erst als ihr die Konsequenzen klar wurden, versuchte sie in den letzten Tagen vor der Wahl den aussichtslosen Kampf um eine Verschiebung der Wahlen auf den 15. September doch noch aufzunehmen. Die Opposition machte aber von ihrer Parlamentsmehrheit gar nicht erst Gebrauch; sie blieb der Abstimmung einfach fern, und damit war keine Beschlussfassung mehr möglich.

Es war zwar nicht zu erwarten, daß es der Regierung Siles gelungen wäre, ihre Ausgangsposition noch aufzubessern, aber Banzer und Paz E. wollten ihre Chance so früh wie möglich nutzen und die Probleme mit den Wählerlisten auf dem Land für sich als zusätzlichen Vorteil auskosten. Auch die Militärs warnten ganz energisch vor einer Wahlverschiebung; denn es schien sich eine 'saubere' und demokratische Machtergreifung eines Generals zu bieten, wie es bisher noch nicht vorgekommen ist.

So wurde also trotz aller vorherigen Proteste vor allem von Seiten der Gewerkschaften COB am 14. Juli gewählt; und nach den Wahlen wurde es um all diese Unregelmäßigkeiten erstaunlich ruhig. Es breitete sich wohl allgemein Genugtuung aus, daß die Wahlen in dem so unruhigen Land doch relativ ruhig und scheinbar problemlos über die Bühne gebracht wurden. Auch in der internationalen Berichterstattung nahmen diese Wahlen ziemlich breiten Raum ein.

WIRTSCHAFTSMISERE WAHLENTSCHEIDEND

Man hat also die gemäßigt linke Regierung Siles abwirtschaften lassen und richtig kalkuliert, daß bei einer Wahl in der Krise das Pendel zur Opposition ausschlägt. Aber war es wirklich nur die totale Resignation in der schwersten Wirtschaftskrise des Landes, die die Wähler veranlaßte, Banzer so viele Stimmen zu geben? Bestimmt verbanden sie auch eine Portion Hoffnung damit. Aber auf was? Sicher sind es bei den ADN-Wählern nicht die Menschenrechtsverletzungen und die drastischen Unterdrückungsmaßnahmen, die aus der Banzer-Zeit (1971 - 1978) im Gedächtnis haften geblieben sind. Viel eher erinnern sich diese an die wirtschaftliche Scheinblüte und an die erzwungene Ruhe, die durch Gewerkschaftsverbote die Geschäfte florieren ließ. Dabei ist vielen sicher nicht (mehr) so deutlich, wie sehr die Scheinblüte von der damals günstigen internationalen Rohstoffkonjunktur abhing und auf Schulden aufbaute, die zum großen Teil heute zurückbezahlt werden müssen.



Die Geldscheine werden täglich wertloser

Am deutlichsten richten sich wohl die positiven Erwartungen auf die Kreditverhandlungen. Dabei wird einer konservativen Regierung international immer mehr Vertrauen eingeräumt; und Banzer hat diese Argumentation im Wahlkampf auch reichlich eingesetzt. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Gläubiger verhalten und wie schnell auch die von bundesdeutscher Seite seit einiger Zeit zugesagten Gelder dann plötzlich abfließen können. Aber man wird auch sehen müssen, wer die Hauptlasten einer möglichen Sanierung tragen muß.

Jetzt ist die Zeit für Wetten und Prognosen, aber bei Bolivien ist man vorsichtig geworden. Einerseits ist das Land immer für Überraschungen gut und zum andern ist guter Rat bei einer so verfahrenen Situation wirklich sehr teuer. Bleibt also die Frage, was kann eine Regierung überhaupt machen.

Alle Programme von der Linken wie von der Rechten haben durchweg eine sehr zentrale Komponente unerwähnt gelassen: die Korruption. Sie durchdringt in unterschiedlichen Ausprägungen als Schmuggel, Spekulation oder gar Kokain-Geschäfte etc. fast alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche, aber auch viele Bevölkerungsgruppen bis hinein in die Gewerkschaften. Die Ursachen können jetzt nicht weiter untersucht werden, es ist aber klar, daß jedes Wirtschaftskonzept für Bolivien Makulatur bleiben muß, wenn es diesen Bereich ignoriert. Es ist sicher besonders schwer, hierfür ein Patentrezept oder auch nur einen Ansatzhebel zu finden. Einerseits hängt diese krebsartige Wucherung der Korruption auf jeden Fall mit der wirtschaftlichen Lage zusammen, andererseits ist es aber auch gerade diese Korruption, die es fast unmöglich macht, ein schlüssiges Wirtschaftskonzept durchzusetzen. Die nächsten Monate müssen zeigen, wie weit überhaupt der politische Wille da ist, das Problem anzupacken.

In den veröffentlichten Programmen enthalten die Wirtschaftskonzepte nicht nur Allgemeinplätze. Interessant ist vor allem auch das Programm Banzers, das Aspekte der allgemeinen Diskussion, wie sie auch von der Linken einbezogen werden, geschickt aufnimmt und einarbeitet. Er möchte danach vor allem die Monostuktur Bergbau durchbrechen und den landwirtschaftlichen Bereich stärker als Entwicklungsmotor fördern. Sicher hat er allerdings dabei eher die Agroindustrie des Tieflandes als die Bauern auf dem Hochland im Sinn - und, wer weiß, vielleicht soll dabei auch eine Legalisierung der Kokain-Produktion mit einbezogen werden. Zuvor soll aber, und das hat der Vizepräsidentenskandidat Galindo schon verkündet, für Ruhe und Ordnung gesorgt werden, eine Fähigkeit, die man von Banzer schon aus den 70er Jahren kennt.

Quellen: afp, IPE, Presencia, Südd.Z., taz, Weekly Report

Die Campesinos fordern eine radikale Agrarreform

Die bolivianischen Campesinos haben kürzlich ihre Forderungen nach einer Revision der Landbesitzverhältnisse und nach einer Entwicklung und Modernisierung der Landwirtschaft betont, die sie in Planung und Durchführung einbezieht.

Anfang April fand der IV. Erweiterte Kongreß der Gewerkschaftsschaftskonföderation der bolivianischen Campesinos (Confederación Sindical Unica de Trabajadores Campesinos de Bolivia - CSUTCB), der obersten Arbeiterorganisation des Sektors, statt. An ihm nahmen Delegierte von Landarbeitern, Saisonarbeitern und Parzellenbauern teil. Die behandelten Themen und die Ergebnisse des Treffens erbrachten die Konsolidierung der gewerkschaftlichen Struktur und die Formulierung der weitestreichenden Ziele, die während des gegenwärtigen demokratischen Prozesses aufgestellt worden sind.

Wegen ihrer zahlenmäßigen Stärke und ihres Organisationsniveaus sind es die Campesinos der Anden, die die Ausrichtung der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Forderungen des Sektors zur Überwindung seiner traditionellen Vernachlässigung bestimmen.

Wenn in Bolivien die Frage der Campesinos behandelt wird, verflechten sich die ethnische und ökonomische Identität eines gesellschaftlichen Sektors, der für die nationale Entwicklung von grundlegender Bedeutung ist. Die Aymara-Bevölkerung, die den nördlichen Altiplano dominiert, zählt 1,5 Mio. Menschen, die Quechua-Bevölkerung, die in den Andentälern und im südlichen Altiplano vorherrscht, 1,68 Mio. Allein diese beiden großen ethnischen Gruppen repräsentieren mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung des Landes. Es ist diese Mehrheit mit ihrer eigenständigen Kultur, die mit ihrer Arbeit das Land erhält.

Während sie ihre eigene Sprache, ihre tausendjährigen Gebräuche und ihre tiefverwurzelte ethnisch-kulturelle Identität beibehalten, haben die Campesinos durch ihre Kämpfe für die Abschaffung der Hörigkeit, für das Eigentum am Boden und für die Durchsetzung einer politischen Rolle, die ihnen als mehrheitliche Kraft des Landes gebührt, tiefe Spuren in der Geschichte des Landes hinterlassen.

VON DER HÖRIGKEIT ZUR GEWERKSCHAFT

Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit, 1825, waren zwei Drittel des Territoriums in den Händen der comunidades (Gemeinschaften) der indígenas. 1 1/2 Jahrhunderte später hatten sich die Hacienden feudalen Typs fast die Hälfte des bebauten Landes angeeignet und die comunidades besaßen nur noch 22%. Im Prozeß der Ausbreitung des Latifundiums bezeugen unzählige

Massaker an den Campesinos ihre Kämpfe für die Verteidigung ihres Bodens.

Zu Beginn dieses Jahrhunderts, und vor allem nach dem Chaco - Krieg (1931-35), entwickelten die Campesinos Organisationsformen, um ihre Rechte einzufordern. Gleichzeitig wurde auf politischer Ebene eine nationale Debatte über die Agrarfrage geführt. Aber erst die Nationale Revolution vom April 1952 führte zu tiefgreifenden Veränderungen im ländlichen Raum.

Als am 2. August 1953 die Agrarreform verkündet wurde, mußte die Regierung der Nationalistisch-Revolutionären Bewegung (Movimiento Nacionalista Revolucionario - MNR), geführt von Victor Paz Estenssoro, sie an die Transformationen anpassen, die die Campesinos selbst in die Praxis umgesetzt hatten. Die Haciendas der Täler von Cochabamba und von Teilen des Altiplano waren schon von den Arbeitern besetzt worden. Die Bauernmilizen machten die Anwesenheit der Hacienda-Eigentümer in den traditionellen Anbaugeländen praktisch unmöglich, und die Dynamik der Massen bestimmte durch die von ihnen geschaffenen Tatsachen die Orientierung der Agrarreform. Gleichzeitig wurden mehr als 15 000 örtliche Gewerkschaften aufgebaut.

Diese Organisationsform wurde zum wichtigsten Kampf- und Mobilisierungsinstrument der Campesinos. Die Gewerkschaften trugen in einigen Fällen Züge lokaler Selbstregierung. Ihre Ziele umfaßten nicht nur das Bodeneigentum und die Ressourcen für die Produktion, sondern bezog auch die Bürgerrechte ein: den Zugang zur Erziehung, der vorher verbaut war, die Durchsetzung von allgemeinen Wahlen und die zunehmende Teilhabe am politischen Schicksal der Nation. Diese unschätzbaren Erwerbschaften wurden durch die Unterordnung der Gewerkschaftsorganisationen unter das regierende MNR eingeschränkt.

Andererseits machte die Agrarreform Schluß mit den Latifundien der andinischen Region und machte die dortigen Campesinos zu kleinen Grundeigentümern. Gegenwärtig versorgen diese die Bevölkerung mit 80% der landwirtschaftlichen Produkte. Ihre unvorteilhafte Eingliederung in die Marktwirtschaft hält sie jedoch in einer ausgebeuteten Stellung innerhalb der Gesellschaft fest.

Der Parzellenbauer z.B. bebaut den Boden für den Familienkonsum, verkauft die Überschüsse unterhalb ihres Werts an den Zwischenhändler und kauft gleichzeitig zu hohen Preisen inputs und Konsumgüter. So verarmt die große Mehrheit zunehmend und muß ihre ärmliche Landwirtschaft mit Lohnarbeit verbinden.

Die extreme Parzellierung des Bodens, der heute in "unproduktive Minifundien" zersplittet ist, und das Fehlen einer ländlichen Entwicklungspolitik vertreiben den Campesino von

seinem Land, da er zusätzliche Einkommensquellen suchen muß. Einige wandern in die Bau- und Dienstleistungswirtschaft ab, andere zur Ernte tropischer Produkte in den Osten Boliviens und den Norden Argentinien.

Die Überwindung der Hörigkeit 1953, mit all dem Wert, den sie für die Würde der Campesinos hatte, und die erkämpften politischen und sozialen Rechte erwiesen sich als unzureichend für eine Veränderung ihrer Lebensbedingungen.



DER WEG VORAN

Die Verarmung der Campesinos ist eng mit dem Fehlen einer Entwicklungspolitik verknüpft. In der Landwirtschaft sind 46,1% der "wirtschaftlich aktiven Bevölkerung" tätig, der Sektor erarbeitet aber nur 16% des Bruttoinlandsprodukt. Produktion und Produktivität stagnieren. Weniger als 10% der anbaufähigen Böden werden genutzt und diese sind von geringer Fruchtbarkeit.

Angesichts der wirtschaftlichen Krise der Landwirtschaft haben die Arbeiter Alternativen analysiert und vorgeschlagen, um diese Probleme zu überwinden.

Die Campesino-Organisation CSUTCB hat einen Entwurf für ein "Landwirtschaftliches Grundgesetz" erarbeitet, der im Januar 1984 von der Basis gutgeheißen wurde und der das Grundeigentum neuordnet und die kontraproduktiven Folgen des Minifundiums bekämpft. Außerdem wurde die Gründung der Landwirtschaftlichen Bauerngesellschaft erreicht, einer selbstverwalteten Einrichtung, die für Produktion und Vermarktung zuständig ist. Durch ihre Vermittlung soll der landwirtschaftliche Sektor mit weichen Krediten und Devisen für den Direktimport von technischer Ausrüstung, Inputs und Werkzeugen versorgt werden, um die Produktivität zu erhöhen. Das Landwirtschaftsgesetz schlug außerdem die Einrichtung von eigenen Transportmitteln und Märkten vor, die den parasitären Zwischenhandel ausschließen.

Diese Fortschritte werden durch die Forderung nach Mitverwaltung (cogestión) in den staatlichen Institutionen in der Landwirtschaft ergänzt, sowie nach Selbstverwaltung (autogestión) in den eigenen, bäuerlichen Organisationen. Es handelt sich dabei um Forderungen, die von einem neuen Konzept der Partizipation in den die Landwirtschaft betreffenden Angelegenheiten künden.

Auch wenn ein großer Teil dieser Projekte wegen der Wirtschaftskrise im Lande und wegen der geringen offiziellen Aufmerksamkeit auf halbem Weg stecken geblieben sind, haben die Campesinos ihre Fähigkeit bewiesen, tiefgreifende Lösungen zu erarbeiten und sie gegen das traditionelle Desinteresse und den Druck von außen zu verteidigen.

Der IV. Kongreß der Campesinos nahm die Forderungen auf, die im Verlauf der demokratischen Periode erhoben worden sind, und forderte angesichts des bevorstehenden Regierungswechsels ihre sofortige Umsetzung.

aus: Noticias Aliadas, 6.6.1985

BRD – Bolivien

Im Juni 1985 wurde von der Bundestagsfraktion DIE GRÜNEN eine Kleine Anfrage in den Bundestag eingebracht, die sich auf einen möglichen Schuldenerlaß für Bolivien bezog, um die katastrophalen sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lindern. Nach Angaben der Bundesregierung ist sie bereit "von Fall zu Fall nach Ansehung des Einzelfalles Schuldenerlaß für die ärmsten Länder der Welt zu gewähren". Im Folgenden drucken wir Auszüge aus der Antwort der Bundesregierung ab:

Frage: Ist die Bundesregierung bereit, in dem Einzelfall Bolivien so zu verfahren und einen vollständigen Erlaß aller Schulden zu gewähren, soweit es sich um bundesdeutsche staatliche oder staatlich verbürgte Kredite handelt?

Antwort: Bolivien zählt nicht zu den von den Vereinten Nationen anerkannten LLDC (Least Developed Countries - am wenigsten entwickelte Länder), für die ein Erlaß von Schulden aus Darlehen der Finanziellen Zusammenarbeit geprüft werden könnte. (...)

Frage: Ist der Bundesregierung bekannt, daß Bolivien von dem Weltbank-Präsidenten Clausen schon 1984 zu den ärmsten Ländern der Welt gezählt und in eine Reihe mit den Ländern der Sahel-Zone in Afrika gestellt wurde?

Antwort: Der Bundesregierung ist eine derartige Aussage des Weltbank-Präsidenten nicht bekannt.

(Weltbank-Präsident Clausen: "Das Ausmaß der Probleme in Bolivien und Haiti ist mit den afrikanischen Sahel-Ländern vergleichbar." zit. in Handelsblatt vom 19./20. 1. 1985)

Frage: Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Wirtschaftskatastrophe zum großen Teil auch aus den hohen Auslandsschulden und den daraus resultierenden Maßnahmen im Land zu erklären ist?

Antwort: Die schwierige Wirtschaftslage ist nur zu einem sehr geringen Teil durch die Außenverschuldung entstanden. Auswirkungen könnten sich ergeben, wenn Zins- und Tilgungsverpflichtungen gegenüber den Gläubigerbanken erfüllt würden. Zahlungen erfolgten jedoch seit 1983 nur noch sporadisch und in geringem Umfang und sind seit März 1984 völlig eingestellt. Seither hat sich die Wirtschaftslage noch ganz wesentlich verschlechtert.

Frage: Ist der Bundesregierung bekannt, daß nahezu alle Auslandsschulden Boliviens aus der Zeit der rechtsgerichteten Militärdiktatur des deutschstämmigen Hugo Banzer stam-

men und daß diese Kredite zum großen Teil für Prestigeprojekte verwandt wurden, die der Bolivianischen Regierung, besonders den indianischen Völkern auf dem Lande, keinen Nutzen, sondern nur Lasten gebracht haben?

Antwort: Ein großer Teil der Auslandsschulden - nach gängiger Schätzung die Hälfte der nach 1971 von Bolivien aufgenommenen Kredite - wurde in der Regierungszeit des Präsidenten Banzer (1971 - 78) kontrahiert. Ein Teil dieser Kredite ist für Großprojekte verwendet worden, doch ist daraus nach Ansicht der Bundesregierung nicht automatisch der Schluß zu ziehen, daß es sich um Prestigeprojekte gehandelt hat.

(Ob die Autobahn La Paz - Flughafen oder das Schwimmstadion zur Lösung der Probleme des Landes beitragen, ist ebenso fragwürdig wie die staatliche Förderung der Agro-industrie zu Lasten der Kleinbauern.)

Nach Angaben der Bolivianischen Zentralbank vom Februar 1985 betrug die Auslandsverschuldung Boliviens zum 30. 9. 1984 insgesamt rd. 3,3 Mrd. US-Dollar.

Termine

Bundesweite Alternativkonferenz:

ATOMBOMBEN MADE IN GERMANY?

am 6. - 8. September 1985 in der integrierten Gesamtschule Bonn-Beuel, Siegburger Str. 321

Information bei: Trägerkreis Atomwaffensperrvertrag
c/o H. Lorscheid
Klemens-Hofbauerstr. 17
5300 Bonn

* * * * *

An den BANANEN kommt niemand vorbei ...

Eine Tagung über das Geschäft mit den Bananen und die Folgen in der Dritten Welt am 27. - 29. 9. 1985 in 7433 Dettingen
Informationen und Anmeldung bei: Walter Binanzer,
Rehaldenweg 37
7060 Schorndorf
Tel.: 07181/3218

CHILE

Die undurchdringlichen Mauern der Repression

Seit Mitte Juni der Belagerungszustand in Chile aufgehoben wurde, kann auch die oppositionelle Presse wieder erscheinen; teilweise in Extra-Ausgaben suchten linke Zeitschriften aufzuarbeiten, was sie seit Anfang November 1984 nicht veröffentlichen konnten. Das Schwergewicht liegt auf einer Reihe politischer Terrorakte auf Seiten des Staates, daneben geht es um zwei Gruppierungen - "Intransigencia Democrática" und "Frente Cívico" - deren politische Bedeutsamkeit im Augenblick noch schwer einzuschätzen, aber wohl kaum sehr hoch zu bewerten ist. Statt die bislang existierenden oppositionellen Gruppierungen, Alianza Democrática und MDP, zu überwinden und auf einer gemeinsamen Plattform zu einen, verläuft die tatsächliche Bewegung in Richtung einer Kräfteverschiebung.

Ende April erschien eine Erklärung, von 16 überwiegend linken Politikern unterzeichnet, in der unmißverständlich erklärt wurde, die Beendigung des Pinochet-Regimes müsse durch den Druck der sozialen Bewegung erreicht werden und dürfe nicht mit den Streitkräften ausgehandelt werden, sie seien kein legitimer Verhandlungspartner. Dies war die Erklärung der "Intransigencia Democrática".

Um für eine solche Bewegung endlich die politischen Voraussetzungen auf der Ebene der Parteien zu schaffen, lancierte Ricardo Lagos, Sozialist in der Alianza Democrática, das Konzept der "Frente Cívico": politische Gespräche mit allen, ohne Ausschluß irgendeiner Gruppierung. Das hieß im Klartext: Gespräche auch mit der Rechten, die zu Pinochet auf Distanz geht, ohne Ausschluß der Kommunisten.

Der eben neu gewählte Präsident der Christdemokraten, Gabriel Valdés, griff das Konzept von Lagos auf: Gespräch mit der Rechten; der Graben zu den Kommunisten jedoch sei, solange sie nicht auf Gewalt als politisches Mittel gegen die Diktatur verzichten, unüberbrückbar. Im übrigen - so Valdés gegen die "Intransigencia" - führe an Verhandlungen mit den Streitkräften über eine vorzeitige Beendigung des Pinochet-Regimes kein Weg vorbei. Damit könnte eintreten, was Lagos als die schlimmste Möglichkeit bezeichnete, nämlich die Wiederherstellung der alten Fronten vor dem Putsch: einerseits die Linken, auf der anderen die Koalition der Christdemokraten mit der Rechten. Träte das ein, falle Pinochet automatisch die Rolle des Schiedsrichters gegenüber beiden Blöcken zu.

Drei Monate nach der Ermordung von Manuel Guerrero, Manuel Parada und Santiago Nattino hat Richter Cánovas den Fall zwar noch nicht aufklären können, er scheint aber erhebliche Fortschritte gemacht zu haben. Dabei ist festzuhalten, daß die inzwischen wieder erscheinende oppositionelle chilenische Presse von den ehrlichen Bemühungen Cánovas um Aufklärung überzeugt ist; er stößt jedoch an Mauern, die er ohne Mithilfe der Regierung und ihrer Sicherheitsdienste nicht überschreiten kann. An dieser Kooperation hat es, trotz aller gegenteiligen Beteuerungen, gefehlt. Die für Cánovas undurchdringlichen Mauern sind wörtlich zu verstehen: es handelt sich nach den vorliegenden Berichten um Gebäude, die DICOMAR, einem "Kommunikations- und Informationsdienst" der Polizei (Carabineros) unterstehen.

Folgendes zeichnet sich dabei ab: der Mord an den drei kommunistischen Oppositionellen ist der Höhepunkt in einem Netz von repressiven Aktionen durch bewaffnete zivile Kommandos die Ende Oktober 1984 begannen und auch nach den Morden fortgesetzt wurden.

Das Kommando, das auch ungefähr 15 Männern besteht, verfügt über die Infrastruktur eines Geheimdienstes (Quartiere für Haft, Verhör und Folter) und bewegt sich Tag und Nacht ungehindert, auch während der nächtlichen Ausgangssperre, in Einsatzfahrzeugen mit und ohne Kennzeichen.

Der Verdacht, daß dieses Kommando nicht nur für die Morde, sondern auch für frühere und spätere Überfälle, Entführungen und Foltern verantwortlich ist, stützt sich auf übereinstimmende Zeugenaussagen im Hinblick auf die beteiligten Personen, die Haftörtlichkeiten und das Ziel der Verhöre; so wurden Entführte nach den politischen Aktivitäten der später Ermordeten befragt.

Über folgende Daten soll Richter Cánovas inzwischen mindestens verfügen: Kennzeichen der bei Entführungen verwendeten Fahrzeuge, Phantombilder von etwa zehn Beteiligten und ihre mutmaßliche Dienststelle. Nur ist ihm selbst der Zutritt hinter jene Mauern verwehrt, hinter denen sich dieses Puzzle wohl lösen ließe. Die Zusammenarbeit mit dem seit Mitte Mai dafür zuständigen Militäranwalt Francisco Baghetti verlief bisher wenig fruchtbar.

Nach Presseberichten gehen auf das Konto des Kommandos Überfälle auf das Parteilokal der MDP (30.10.84) und den Sitz von PRODEN (15.2.) (1); beide Male wurden die Einrichtungen zerstört, die Anwesenden geschlagen und eingesperrt. Ein Lokal der Bauarbeitergewerkschaft und der Menschenrechtsorganisation CODEPU wurden im Februar und März, ein Büro der Lehrgewerkschaft AGECH am 28. März übertallen; dabei wurden vier Lehrer und eine Sekretärin für eine Nacht entführt. Am Morgen darauf fand die Entführung und anschlie-

Bende Ermordung der drei kommunistischen Oppositionellen statt. Daß im Anschluß daran dieselbe oder eine gleichartige Gruppe weiter agiert - nämlich die Psychologin Carmen Hales entführt (22.4.), das Gewerkschaftslokal der Bauarbeiter am 9. April ein zweites Mal und am 9. Juni auch das Lokal von MUDECHI (2) überfällt - das läßt nur den Schluß zu, daß dieses Kommando trotz der angelaufenen Untersuchung sich hinreichend sicher fühlen kann und dies in provozierender Weise kundtut.

Für den Überfall auf das Gewerkschaftslokal der Bauarbeiter bestreiten sowohl der Geheimdienst CNI wie die Carabineros jede Beteiligung. Am 15. April stellt das Innenministerium jedoch einen Strafantrag gegen die vier Gewerkschaftsführer (Troncoso, Rivera, Bustamente und Jorquera), wegen angeblicher Verletzung des Gesetzes über die innere Sicherheit des Staates. Diesem Antrag lagen Materialien bei, die am 9. April gewaltsam von der paramilitärischen Gruppe aus dem Gewerkschaftsbüro entwendet worden war (Solidaridad 202).

DIE IDENTIFIZIERUNG DER "GURKHAS"

Gurkhas wurden (in Anlehnung an nepalesische "Elitesoldaten" aus der Zeit des britischen Kolonialreichs) in Chile jene "zivilen", organisierten Schlägertrupps genannt, die zuerst Ende 1982, dann zum 1. Mai 1983 Demonstranten vor den Augen der untätig zuschauenden Polizei zusammenschlugen, in jener Phase also, in der die Nationalen Protesttage begannen. Wie eh und je stritt die Regierung jede Verbindung dieses Trupps zu irgendwelchen "Sicherheits-" oder "Ordnungskräften" ab, obwohl die koordinierte Vorgehensweise der Schläger nur mit vorangegangenen Training zu erklären war.

Über zwei Jahre nach den Vorfällen hat eine Richterin mindestens zwei der rund 50 Mann identifiziert - zwei Offiziere des Heeres und Mitglieder des Geheimdienstes CNI. Als dritter wird ein Hauptmann der Carabineros (und CNI-Mitglied) genannt.

Aus der bisher äußerst langsamen Aufklärung folgt nicht notwendig, daß sie im selben schleppenden Tempo weitergehen muß: Ein Anwalt der Vicaria, die sich um die Aufklärung bemüht, erklärte, daß deutliche Hinweise auf den Polizeioffizier, von dem nur ein undeutliches Foto vorlag, aus den Reihen seiner Kameraden kamen. Der Empfang des zuerst identifizierten Heeresoffiziers bei der Rückkehr zu seinen Kameraden soll wenig freundlich gewesen sein. Was die Gruppe bisher schützte, könnte theoretisch sogar zur Paragraphenschlinge werden: Haben sie nämlich nicht in offiziellem Auftrag gehandelt, so müßten sie - obwohl CNI-Mitglieder - als "kriminelle Vereinigung" statt vor ein Militär- vor ein ordentliches Gericht gestellt werden...

GUATEMALA

Entwicklungshilfe für Aufstandsbekämpfung

GUATEMALA erhält "Entwicklungshilfe" für Aufstandsbekämpfung; Wirtschaftliche Zusammenarbeit und organisierter staatlicher Terror wird gefördert. Statt Entwicklungshilfe dort zu geben, wo sie gebraucht wird, wie z.B. in Nicaragua, wird Unterstützung nur noch demjenigen zuteil, der auch die Politik des großen Bruders trägt. Bittsteller dürfen sich nicht allzu leichtfertig über amerikanische Sicherheitsprobleme hinwegsetzen.

Mit den Stimmen der Christdemokraten und Konservativen hat das Europäische Parlament am 13. Juni 1985 dem Entschließungsantrag für ein neues politisches und wirtschaftliches Kooperationsabkommen zwischen den Staaten der Europäischen Gemeinschaft und Mittelamerikas zugestimmt. Von der Entwicklungszusammenarbeit - auch künftig - ausgeschlossen bleiben sollen nach dem Willen der Mehrheit des Parlaments El Salvador und Guatemala, solange dort die staatlichen Menschenrechtverletzungen andauern. Gegen die Entschliebung stimmten allein die Faschisten.

In Bonn mühte sich die Bundesregierung zur gleichen Zeit, die unter Führung von "Außenwirtschaftsminister" WARNKE (CSU) intensivierten Kontakte mit dem verantwortlichen guatemalteckischen Militärregime zu festigen und das wegen des staatlichen Terrors miserable internationale Ansehen des Regimes zu bessern. Kaum sieben Wochen nach dem offiziellen Besuch Warnkes in Guatemala konnte der Außenminister, FERNANDO ANDRADE, in Bonn seinen - halboffiziellen - Gegenbesuch absolvieren. Während die Christdemokraten in Straßburg dem fortdauernden Ausschluß Guatemalas aus der Entwicklungszusammenarbeit zustimmten, veranstaltete die KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG in Bonn für den Außenminister Guatemalas eine Pressekonferenz. Sie bot ihm die Gelegenheit, "kategorisch" jede

Verantwortung seiner Regierung, des Staates, der Sicherheitskräfte oder der Armee für das anhaltende Verschleppen, Verschwinden und Ermorden von Bürgern in Guatemala zurückzuweisen. Verantwortlich sind nach ANDRADE "kleine vom Ausland unterstützte und finanzierte subversive Gruppen, die sich der Gewalt verschrieben haben". Den beiden Bundestagsabgeordneten FREIMUT DUVE und ERNST WALTERMATHE, die Ende März im Auftrag der SPD-Fraktion nach Guatemala gereist waren, um sich vor Ort ein Bild von der Menschenrechtsslage zu machen, warf der Außenminister "Vorurteile und Desinformation" vor.

ES IST DER STAAT, DER MORDET

In einem offiziellen Bulletin seines Ministeriums vom 26. März 1985 hatte Andrade die Reise der beiden Sozialdemokraten als "imperialistische Mission neuen Typs" attackiert und die Abgeordneten als "Speerspitzen von Gruppen" bezeichnet, "die Aktivitäten, die Subversion eingeschlossen, finanzieren". Den Besuch von Bundesminister Warnke dagegen hatte der Außenminister als "wichtig und positiv" gewürdigt. In Bonn warf SPD-MdB Duve Andrade jetzt vor, "mit seiner goodwill-Reise davon ablenken zu wollen, daß es in Guatemala der Staat selbst ist, der mordet". In Übereinstimmung mit der Strategie der Reagan-Administration leistet die Bundesregierung dabei Flankenschutz.

"Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gewährt Wirtschaftshilfe für Aufstandsbekämpfungsprojekte, die die guatemaltekeische Armee auf dem Lande durchführt", wußte die Presse in Guatemala zu berichten, kaum daß der Bonner Entwicklungsminister Dr. Jürgen Warnke zu seinem offiziellen Besuch (vom 20. bis 24. April 1985) angetreten war. Denn noch bevor sich Warnke mit dem Staatschef und Verteidigungsminister General MEJIA VICTORES, mit dessen Wirtschaftskabinett und Außenminister Andrade zusammensetzte, hatte es ihn und den bundesdeutschen Botschafter Peter Bensch im Morgengrauen des 20. April zur Projektbesichtigung in etwa eineinhalb Stunden von der Hauptstadt entfernt gelegene Bauerndörfer im Departement Baja Verapaz gezogen, "wo die Armee Zwangsarbeit organisiert und die Bauern mit Lebensmitteln, die von der deutschen Bundesregierung finanziert werden, arbeitsfähig erhält". (Enfoprensa).

BONN FINANZIERT DIE UNTERDRÜCKUNG

"Guatemaltekeisch-deutsche Zusammenarbeit Nahrungsmittel für Arbeit" (Cooperación Guatemalteco-Alemana Alimentos por Trabajo) - COGAAT - nennen die staatlichen Partner das "integrierte Ernährungssicherungsprogramm". Als Katastrophen- und Nothilfeprogramm nach dem Erdbeben von 1976 ins Leben gerufen, ist COGAAT seit 1982 in den "Nationalen Sicherheits- und Entwicklungsplan" und in das durch Regierungserlaß 1983 legalisierte System der nationalen Koordinierung (Coordinadores Interinstitucionales) integriert. Plan und Operationalisierungssystem dienen der institutionalisierten Militarisierung des Landes. Sie sichern dem Militär die Kontrolle über alle zivilen Bereiche auch nach den für November angekündigten Wahlen. Plan und Durchführungsbestimmungen regeln, daß sämtliche nationalen und internationalen Entwicklungsprogramme der militärischen Aufstandsbekämpfung einverleibt und untergeordnet sind und so angelegt, daß die militärische Kontrolle über die Bevölkerung des Landes und die Ressourcen noch verstärkt wird. Opfer ist die indianische Bevölkerungsmehrheit. "Ihnen wird das Recht auf Leben durch die Methoden, die das Militär in der Aufstandsbekämpfung und in seinem Pazifizierungs- beziehungsweise Entwicklungsprogramm anwendet, brutal verweigert", berichtete zum Beispiel das "Gemeinsame Komitee der Kanadischen Kirchen für Menschenrechte in Lateinamerika" im Frühjahr 1985 der UNO- Menschenrechtskommission auf ihrer 41. Sitzung in Genf. Hunger infolge der offiziellen Politik und Zwangsarbeit gegen unzureichende Nahrungsmittelrationen- das nennen die Kanadischen Kirchen "nahe der Sklaverei".

COGAAT, die "Deutsch-Guatemaltekeische Zusammenarbeit Nahrungsmittel für Arbeit" illustriert das selbst ansatzweise in Projektbeschreibungen und Bilanzen, die der Warnke-Delegation bei ihrem Besuch ausgehändigt wurden. Denn statt COGAAT nach seiner Integration in die Aufstandsbekämpfung einzustellen, gab der Christsoziale Warnke grünes Licht für Ausweitungen des Programms und des Aktionsradius von COGAAT. Seit Ende 1984 operiert COGAAT auch in der offiziell zur "Konfliktzone" erklärten Provinz Alta Verapaz. Vielleicht kann Herrn Warnke sich nicht vorstellen, was für ein kleines Land wie Guatemala, daß nur 7,5 Mio. Einwohner hat, die Zahl von 100 000 politischen Morden und mehr als 35.000 Verschwundenen, sowie 1 Mio. interne Flüchtlinge und 120 000 externe Flüchtlinge bedeutet.

WENIG INTRESSE FÜR COGAAT

Im "Informationsdienst Entwicklungspolitik", Nr. 5/85, vom 31. Mai, wirbt das BMZ für das "integrierte Ernährungssicherungsprogramm" COGAAT in Baja Verapaz. Verglichen mit den Vorlagen der Projekt-^{Kurzbe}schreibung mit Leistungsstatistik von COGAAT, Guatemala, datiert vom April 1985, handelt es sich bei dem BMZ-Text um manipulative Schönfärberei. Da heißt es zum Beispiel: "Das Interesse der Bauern am Terrassenbau hat in den letzten drei Jahren stark zugenommen, da für alle ersichtlich ist, daß er zu erheblich besseren Ernten führt". Im Original aber ist zu lesen: "Das Interesse der Bauern, Erosionsschutzmaßnahmen durchzuführen, hat in den letzten drei Jahren sehr stark zugenommen, der Rationenabfluß hat sich zum Beispiel in den letzten drei Jahren verachtfacht. Problematisch ist vor allem, die Bauern für Erosionsschutzmaßnahmen zu interessieren, von denen sie keinen unmittelbaren Nutzen haben, also vor allem Verbauung in hochgelegenen Gebieten, in denen sie keine Felder besitzen."

Im BMZ-Informationsdienst heißt es: "Ziel eines speziellen Frauenprogramms... ist es, den Frauen Kenntnisse im Gemüsebau und in der Hühner- und Kaninchenzucht zu vermitteln. Damit wird die Ernährung der Familien verbessert und ein zusätzliches Einkommen geschaffen". Aus dem Originalmaterial geht jedoch hervor, daß die Frauen für die Zusatzarbeit, die sie leisten mußten, wie: "Verbesserung der Wohnverhältnisse: Herde, Häuser kalkan, kommunale Backöfen" 1984 nicht einmal ein Fünftel der "geplanten" Nahrungsmittelrationen erhielten. Im Projektteil: "Kleintierhaltung: Kaninchenställe, Hühnerställe" gingen sie ganz leer aus, angemerkt wird: "Es besteht eine Phasenverschiebung zwischen geleisteten Arbeiten und Rationenabfluß".

HUNGER BRICHT DEN WIDERSTAND

So wundert nicht, daß es in der Projektbeschreibung aus Guatemala heißt: "Neben Pilzkrankheiten und zu frühem Keimen, sind vor allem tierische Schädlinge gefährlich für die Saatkartoffeln, sowie der menschliche Hunger". Dennoch wird in der Leistungsbilanz ausgewiesen, daß die Bauern auch in diesem Projektteil für ihre Arbeit nur elf Prozent der vorgesehenen Rationen erhalten haben. Während in der BMZ-Veröffentlichung zu den Aufforstungsmaßnahmen vermerkt wird: "Wald bringt Rohstoffe und Arbeit", liest man im COGAAT-Text: "Aufforstungsmaßnahmen genießen einen gewissen Vorrang inner-

halb der landwirtschaftlichen Aktivitäten. Leider wird jedoch pro Jahr mehr Wald in Baja Verapaz vernichtet als aufgeforstet werden kann. Feinde der aufgeforsteten Fläche sind das Vieh, Waldbrände und Bauern, die die Flächen als Felder verwenden möchten". Das Bild ist eindeutig:

Laut COGAAT erhielten die Landarbeiter im Wege- und Brückenbau, bei der Saatguterzeugung und im Gemüsebau, bei Erosionsschutzmaßnahmen und Wiederaufforstung durchschnittlich im ersten Halbjahr 1984 nur ein Viertel der "geplanten" Rationen- zur Brechung ihres Widerstandes gegen die erzwungene Arbeit?

Nach Angaben des BMZ-Referats vom 26. März 1985 sind bis zum 31. Dezember 1984 für das "Ernährungssicherungsprogramm" COGAAT 24.982.184 DM bewilligt worden, laut BMZ- Veröffentlichung vom 31. Mai 1985 wurde es "bisher mit 21,5 Millionen DM gefördert". Nach seinem Besuch dieses Projektes und einem Empfang durch den zuständigen Militärkommandanten, Oberst Alvaro B. Escobar, erklärte Warnke vor der Presse in Guatemala-City:

"Bei der Hilfe der Bundesrepublik Deutschland an Guatemala handelt es sich um humanitäre und Entwicklungshilfe von Volk zu Volk, ohne Beimischung irgendwelcher politischer Interessen".

Die guatemalteckische Presse verstand es richtig- sie meldete: Aufstandsbekämpfungshilfe aus der BRD - für die Militärs in ihrem dreißigjährigen Krieg gegen die Bevölkerung würden Demokraten wie Freimut Duve ergänzen.

Quelle: Parlamentarisch-Politischer-Pressedienst 21. Juni 1985.



"DEUTSCH-GUATEMALTEKISCHE
ZUSAMMENARBEIT NAHRUNGS-
MITTEL FÜR ARBEIT".

(COGAAT)

HONDURAS

Honduras — nicht nur eine Bananenrepublik

EINDRÜCKE VON EINER INFORMATIONSREISE (TEIL 2)

In LN 139 hatten wir vom Leben und den Landbesetzungen der Campesinos berichtet und einige Eindrücke von der Praxis der Repression und dem Ausverkauf des Landes an US-Interessen vermittelt. Im hier folgenden Teil unseres Berichts stellen wir einige Gruppen und Organisationen vor, die zur Opposition gerechnet werden können, und versuchen ihre Chancen einzuschätzen.

OPPOSITION

Während unseres Aufenthaltes im März 1985 haben wir eine Reihe von Personen, Gruppen und Organisationen kennengelernt, die auf verschiedene Weise um eine grundlegende Änderung des repressiven Regimes und um bessere Lebensbedingungen kämpfen. Verbindendes Element aller ist der Kampf um Menschenrechte (worunter nicht nur bürgerliche Freiheiten verstanden werden) und der Wunsch nach einer verbindenden Volksbewegung.

Ein solcher Versuch ist die Gründung eines Koordinationskomitees der Volksorganisationen (Comité Coordinador de Organizaciones Populares, CCOP), in dem einige Gewerkschaften und Bauernorganisationen, Menschenrechts- und Friedenskomitees, Frauen- und Jugendgruppen sowie Stadtteilkomitees der Elendsviertel der Hauptstadt zusammenarbeiten und deren Ziel darin besteht, gemeinsame Initiativen zu entwickeln und zu koordinieren. Ein anderer Versuch ist die Gründung des CODECO, eines Oppositionsbündnisses der Christlich-Demokratischen Partei, der Partei der Erneuerung und Nationalen Einheit (PINU), und zweier Abspaltungen der Nationalen und Liberalen Partei mit dem Ziel, die Militärpräsenz und den Einfluß der USA zurückzudrängen und hierfür die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im November dieses Jahres zu nutzen. Beide Versuche stecken in den Anfängen.

Anhand von Gesprächen mit Führungsmitgliedern berichten wir hier in Umrissen über Bauernorganisationen, Gewerkschaften, Friedenskomitees und die Christlich-Demokratische Partei.

CENTRAL NACIONAL DE TRABAJADORES DE CAMPO (C.N.T.C.)

Die C.N.T.C. existiert seit Januar 1985. Sie setzt die Arbeit des Frente Unidad Nacional de Campesinos de Honduras (FUNACAMH) fort, der seit 1979 bestand. Die Gründung der C.N.T.C. wurde notwendig, da die Union Nacional de Campesinos (U.N.C.) im September 1984 aus dem FUNACAMH austrat, nachdem sie von der Regierung offiziell als Bauernorganisation anerkannt worden war. Heute sind in der C.N.T.C.

fünf Bauernorganisationen zusammengeschlossen. In der C.N.T.C. sind die ärmsten Campesinos organisiert.

Die erste Bauernorganisation entstand in Honduras 1962. Mit dem Staatsstreich 1963 hörte sie auf zu existieren. Im selben Jahr wurde eine neue Bauernorganisation (ANACH) gegründet, die bis heute stark unter dem Einfluß der US-amerikanischen Gewerkschaften steht. 1968 entstand die UNC, eine sozialchristlich orientierte Bauernorganisation, die bis heute eine wichtige Rolle bei Landbesetzungen spielt. Als progressive Abspaltung entstand 1970 FECORAH und 1979 schließlich FUNACAMH.

An FECORAH und ANACH wird kritisiert, daß sie ihre Arbeit ausschließlich auf das Agrarreformgesetz beziehen. Die politische Konzeption der C.N.T.C. hingegen umfaßt auch den Kampf gegen die Repression und für die Menschenrechte sowie den Kampf um die nationale Souveränität.

Die regionale Arbeit, hier am Beispiel der Departementos Puerto Cortes, Santa Barbara und Yoro, umfaßt folgende Schwerpunkte:

1. Das regionale Büro des Nationalen Agrar-Instituts INA mit den Problemen der Campesinos konfrontieren. Monatliche Treffen mit dem Regionalchef des INA.
2. Technische und finanzielle Hilfe (Kreditbeschaffung) für die Kooperation. Die C.N.T.C. widmet sich vorwiegend der producción agropecuaria: Mais, Bohnen, Reis etc., sowie teilweise Vieh, Hühner, Schweine und kleine Kollektivprojekte, die von Frauen betrieben werden. (Die Bananen-Arbeiter werden durch FECORAH vertreten.)
3. Gezielter Aufbau von Regionalstrukturen, um die Arbeit noch weiter zu dezentralisieren. Im Dep. Puerto Cortes existieren bereits 145 bases. Die meisten Gruppen haben keinen juristischen Status und müssen durch die C.N.T.C. vertreten werden, wenn sie z.B. Kooperativen gründen wollen.
4. "Capacitacion": Politische Bildungsarbeit, Ausbildung der Leiter für Organisationsarbeit, für Produktionstechnik, Verwaltung und Finanzen.

UNION NACIONAL DE CAMPESINOS (U.N.C.)

Die U.N.C. wurde 1972 gegründet, speziell für den Kampf um die Agrarreform. Zunächst hatte sie besondere Bedeutung im Norden im Bereich der Standard Fruit Company. Sie wird von Teilen der katholischen Kirche unterstützt, im Norden vor allem von progressiven Jesuiten-Priestern.

Ausgelöst durch Massaker an Campesinos radikalisierte sich die U.N.C. in den 70er Jahren. Sie organisierte die ersten Landbesetzungen und konnte auch andere Bauernorganisationen zu einer entschiedeneren Politik drängen.



Campesino-Versammlung in San Pedro Sula

Unter dem seit 1982 verstärkten politischen Druck entwickelt sich die U.N.C. nach rechts. Von der Regierung wird sie juristisch anerkannt und mit Geld unterstützt.

Gegen die regierungsabhängige Politik der U.N.C. entsteht jedoch auch eine starke Bewegung innerhalb der Organisation, die die alten Ziele wiederbeleben will:

1. entschiedener Kampf für den Fortgang der Agrarreform;
2. Kampf für die Einheit aller Campesinos, Arbeiter, Studenten etc.;
3. Unabhängigkeit von der Regierung;
4. Kampf um die Unabhängigkeit des Landes und der Völker;
5. Kampf um die Verteidigung und Wiederherstellung der Menschenrechte. Auch der Kampf gegen die infolge der Kriegspolitik wachsende Armut der Campesinos wird als Kampf um die Menschenrechte verstanden.

FEDERACION UNITARIA DE TRABAJADORES (F.U.T.H.)

Die FUTH wurde am 26. April 1981 gegründet. In ihr sind 36 unabhängige Gewerkschaften zusammengeschlossen, die alle wichtigen Wirtschaftsbereiche des Landes repräsentieren.

Der Grund für die Schaffung des neuen Dachverbandes besteht darin, daß in den traditionellen gewerkschaftlichen Dachorganisationen Central General de Trabajadores (CGT) und Central de Trabajadores de Honduras (CTH) keine Handlungsmöglichkeiten mehr bestanden, um die Klasseninteressen der Arbeiter zu vertreten. Die CGT vertritt als sozialchristliche Organisation eine harmonistische Gesellschaftskonzeption, sie gilt jedoch als wichtiger Bündnispartner. Die CTH vertritt eine sozialpartnerschaftliche Konzeption und steht unter Einfluß und Kontrolle des US-amerikanischen Gewerkschaftsverbandes AFL-CIO.

Die in der FUTH zusammengeschlossenen Gewerkschaften sind ebenso wenig wie FUTH selbst von der Regierung anerkannt. In Honduras ist die staatliche Anerkennung Voraussetzung z.B. für den Abschluß von Kollektivverträgen und die Wahrnehmung des Streikrechts. Allerdings stehen diese Rechte generell nur auf dem Papier, ihre Praktizierung wird von Regierung und Militär nach Belieben unterdrückt. Auch Arbeitsverträge sind nur ein Fetzen Papier. Ihre Einhaltung ist allein eine Frage des jeweiligen Machtverhältnisses. Selbst der monatliche Mindestlohn von 198 Lempiras (= 99 US-Dollar) ist nicht gesichert.

Wichtig für das Selbstverständnis der FUTH ist die Unabhängigkeit von Regierung und Parteien. Ihre wichtigsten Aufgaben sieht sie in der breiten Organisation der Arbeiter, der Vermittlung von Klassenbewußtsein und der permanenten Unterstützung der Einzelgewerkschaften.

COLEGIO PROFESIONAL SUPERACION MAGISTERIAL

COLPROSUMAH ist eine Lehrergewerkschaft, in der vorwiegend Primarschullehrer organisiert sind. Sie entstand 1963 während eines Lohnkampfes. Sie hat heute annähernd 30.000 Mitglieder und ist die größte von fünf Lehrergewerkschaften des Landes. Seit ihrer Gründung kämpft COLPROSUMAH für Verbesserungen im Bildungssektor, der in einem katastrophalen Zustand ist.

Von ca. 6000 staatlichen Schulen der Primarstufe (Klasse 1-6) haben 55 % nur 1 Lehrer, 1/ % zwei, 9 % drei Lehrer. Die Schulen verfügen nicht über genügend Räume, Stühle, Tische; Wasserversorgung und sanitäre Einrichtungen sind mangelhaft; Unterrichtsmaterial ist kaum vorhanden. Viele Kinder kommen hungrig zur Schule und kriegen nicht einmal ein Frühstück.

Von 100 Kindern beenden nur 28 die 6. Klasse mit Erfolg, 72 % erhalten keinerlei Abschluszeugnis ("enseñanza primaria obligato-

ria"). 24 % der schulpflichtigen Kinder können überhaupt keine Schule besuchen. Nur 20 % der Schüler, die nach 6 Jahren die Primarstufe abschließen, können ein colegio (Sekundarstufe) besuchen; nur 1 % gelangt auf die Universität.

Während die Primarschulen immerhin zu 95 % staatlich sind, sind die colegios noch immer zu 95 % Privatschulen, d.h. sie kosten Schulgeld, das nur wohlhabende Familien aufbringen können.

Die gegenwärtige Analphabetenrate von 47 % der Bevölkerung ab 15 Jahre hat unter diesen Umständen alle Chancen, gleich zu bleiben. Die von der Regierung halbherzig durchgeführten Alphabetisierungsprogramme dienen in erster Linie der Verbreitung von Regierungspropaganda.

1979 erkämpfte COLPROSUMAH zusammen mit 5 anderen Lehrerorganisationen neben Lohnerhöhungen und einer Angleichung der Einkommen der Landlehrer an das nationale Niveau die Schulgebührenbefreiung für Schüler weiterführender Schulen (soweit sie staatlich sind) und die Übernahme von 18 colegios durch den Staat. Gemeinsames Vorgehen von Eltern und Lehrern erzwang im folgenden Jahr die Verstaatlichung weiterer 13 colegios.

Zur schärfsten Konfrontation mit der Regierung kam es 1982, als die organisierten Lehrer für folgende Forderungen in den Streik traten:

- Anhebung des Lohnes von 400 auf 1.000 Lempiras und Einführung einer automatischen Lohnanpassung an die Inflationsrate;
- Verdoppelung des Schwangerschaftsurlaubs auf drei Monate;
- Aufhebung der Drei-Monats-Grenze für Lohnfortzahlung im Krankheitsfall;
- Bildungsurlaub und andere Weiterbildungsmaßnahmen;
- paritätische Mitbestimmung in der Schulverwaltung.

Um diese Forderungen durchzusetzen, demonstrierten 20.000 Lehrer 6 Tage lang in den Straßen der Hauptstadt. Die Regierung reagierte ausschließlich mit repressiven Maßnahmen: sie ließ alle Gewerkschaftsführer verhaften, unterstellte die Schulen des Landes dem Militär und entließ hunderte von Lehrern mit der Begründung, sie destabilisierten die Regierung. Durch Drohungen und Verhaftungen erzwangen die staatlichen Behörden schließlich die Wiederaufnahme des Unterrichts.

Als COLPROSUMAH im Dezember 1982 ihren Nationalen Kongreß abhalten wollte, um über die Lage zu beraten und einen neuen Vorstand zu wählen, intervenierte die Regierung auf eine Weise, die auch in Honduras ungewöhnlich ist. Schulaufsichtsbeamte - von ihrem Status her keine Gewerkschaftsmitglieder - versuchten unter den 400 Delegierten Stimmen zu kaufen, um die Entscheidungen und vor allem die Wahlen zu beeinflussen. Lediglich 9 Mitglieder ließen

sich auf diese Weise gewinnen und verließen den Kongreß. Mit ihren 16 Vorgesetzten führten sie einen Parallelkongreß durch, wählten einen Vorstand und erhielten prompt die Anerkennung durch den Obersten Gerichtshof als Vertretung von COLPROSUMAH.

Das Bankkonto (700.000 Lempira) wurde eingefroren, das verbandseigene Gewerkschaftshaus von Militär besetzt und der regimetreuen Führung übergeben. "Die Herren haben Geld, das Haus und die Polizei auf ihrer Seite. Aber sie haben keine Basis", erklärt einer der "alten" Führer. Denn die Mitglieder stehen nach wie vor hinter der von den verbliebenen 391 Delegierten gewählten Führung. Die Organisationsstrukturen der COLPROSUMAH wurden aufrecht erhalten. Aber die Arbeit erfolgt unter erheblich erschwerten Bedingungen. Räume mußten angemietet werden für die neue Gewerkschaftszentrale. "Wahrscheinlich müssen wir sogar aus unserer Wohnung raus", berichtete der Kollege in dem als Naturkundemuseum eingerichteten Eingangsraum. "Die Schulden wachsen uns über den Kopf. Insgesamt sind es zur Zeit 12.000 Lempira." - Für den gesamten Verband steht lediglich ein Umdrucker zur Verfügung, und es fehlt an Papier.



COLPROSUMAH für Menschenrechte

COMITE HONDURENO POR LA PAZ

Wir sprachen mit Dr. Juan Almendarez, dem Koordinator des Komitees. Er arbeitet seit 18 Jahren ohne Bezahlung als Arzt in einer Klinik, aus sozialen Motiven. Ihm wird die formelle Anstellung aus politischen Gründen verweigert. Vor einigen Jahren war A. Rektor der Universität.

Das Komitee arbeitet seit 2 Jahren, wurde jedoch formell erst vor wenigen Monaten konstituiert. Seine Hauptaufgaben bestehen im Kampf für den Frieden in Zentralamerika und gegen die Militärbasen und -manöver. Es organisiert hierzu in Zusammenarbeit mit den "Volksorganisationen" (Gewerkschaften, Bauernorganisationen, Menschenrechtsgruppen, Frauen- und Jugendgruppen) öffentliche Aktionen und veranstaltet Seminare und "Lernwerkstätten".

A. betont, die Arbeit für den Frieden werde im Volk noch wenig beachtet. Viele glaubten, es gebe keinen Krieg. Über die US-Besatzung gebe es nur ein geringes Bewußtsein. Das Volk befinde sich in großer politischer Rückständigkeit und habe große Angst vor Repression und Arbeitslosigkeit. Die Wirkung der Medien sei stark; sie deformierten und desorientierten das Volk. Insgesamt sei der Mobilisierungsgrad des Volkes sehr wenig entwickelt.

Die Regierung des Landes sei eher militärisch als zivil. Das Militär verfüge über große finanzielle Ressourcen. Die Militärs kontrollierten alles in letzter Instanz.

General Alvarez Martínez sei im März 1984 gestürzt worden, weil er für die US-Botschaft nicht mehr kontrollierbar war. Er verfügte über eine starke, nur von ihm kontrollierte paramilitärische Truppe und erhielt starke Unterstützung von den argentinischen und chilenischen Militärdiktaturen.

Für viele Militärs sei das Verhältnis zu El Salvador eher ein Problem, als das Verhältnis zu Nicaragua. Mit El Salvador gebe es keine eindeutigen Grenzen, der Krieg von 1969 wirke nach, und die traditionelle Bevölkerungsexpansion bzw. Einwanderung aus dem dicht bevölkerten El Salvador werde als bedrohlich empfunden. Im Militär gäbe es Auseinandersetzungen um die Anti-Guerilla-Ausbildung salvadorenischer Soldaten in Honduras, die von Alvarez unter der Hand mit den USA vereinbart worden war.

COMITE HONDURENO DE MUJERES POR LA PAZ

Das Frauenkomitee für den Frieden besteht seit Januar 1984. In ihm wirken vorwiegend Intellektuelle und Sozialarbeiterinnen mit. Es kämpft gegen jede Art von Okkupation durch die USA.

Auf Initiative des Komitees haben am 25. Januar 1984, dem "Tag der Frau", zum ersten Mal Frauen eine eigene Demonstration gemacht. 1984 waren 500 Frauen auf der Straße, ein Jahr später, am

25. Januar 1985, waren es 5.000. Weitere Demonstrationen organisiert das Komitee am 2. Sonntag im Mai (Muttertag) und am 16. Oktober (Tag der Ernährung). Die Demonstration am Tag der Ernährung ist eine Manifestation gegen den Hunger. Unsere Gesprächspartnerinnen weisen darauf hin, daß täglich in Honduras 50 Kinder verhungern und 60 Prozent der Bevölkerung unterernährt sind. Sinnigerweise hatte der Präsident Suazo Cordova im vergangenen Jahr vorgeschlagen, den Tag der Ernährung als Fastentag zu begehen. Für die Frauen des Komitees ist dies Anlaß, die Absurdität und Volksfeindlichkeit der Regierungspolitik zu veranschaulichen.

Obwohl der Hunger in Honduras für viele Menschen ein Problem ist, hatten am 16. Oktober 1984 nur 500 Leute demonstriert. Die Frauen sehen einen Grund darin, daß die traditionellen Massenorganisationen zu abstrakt und ohne Bezug zu den Erfahrungen der Massen an das Problem des Hungers herangehen; so behandelten die Gewerkschaften den Hunger ausschließlich als ein Lohnproblem.

Überhaupt wollen die Frauen des Komitees die Arbeitsweise der traditionellen Volksorganisationen durchbrechen: sie seien von oben nach unten organisiert, paternalistisch, die Funktionäre entschieden alles für die Massen, es werde eine Herrschaftssprache praktiziert, die eher von Formeln als von den Erfahrungen der Menschen bestimmt werden; die Propaganda sei abgehoben von der Realität und der Basis. 30 Jahre lang hätten sie wenig am Bewußtsein des Volkes ändern können.

Die Arbeitsweise des Komitees basiert auf folgenden Grundsätzen:

1. Volksnahe Sprache und Problemdarstellung;
2. materielle (nicht nur propagandistische) Unterstützung der Volksorganisationen;
3. Veranstaltung von Seminaren (z.B. über Hunger, salvadorenische Flüchtlinge, Krieg, Mütter, Gewalt) und "Werkstätten" (talleres) sowie Gedenkveranstaltungen zu bestimmten Anlässen (z.B. Muttertag oder Jahrestag der Invasion von US-Truppen);
4. Demonstrationen an den 3 jährlichen Gedenktagen, Tag der Frau, Muttertag und Tag der Ernährung.

Ein Beispiel für die kreative Arbeitsweise des Komitees ist auch die Mitherausgabe eines "Bulletin der Nationalen Verteidigung" (Boletín de la Defensa Nacional). Es vermittelt ein anderes Verständnis von "Nationaler Verteidigung", als es die herrschende Militärdoktrin suggeriert, und es wendet sich gegen jede Form des Ausverkaufs des Landes. Z.B. berichtet es von der Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten bei den Frauen von Comayagua in der Nähe der US-Militärbasis Palmerola. Das Boletín erinnert mit seinem Namen an eine Kampftradition von Intellektuellen, die 1924 dazu beigetragen hatten, die US-Truppen schon einmal aus Honduras zu

“ JORNADA POR LA PAZ EN CENTROAMERICA ”



Debemos de mostrar el amor a nuestra Patria diciendo no a la guerra contra otro país hermano y activamente detener la actual guerra interna que vivimos como:

- * La guerra del hambre.
- * La guerra del analfabetismo.
- * La guerra del desempleo
- * La guerra de la desnutrición.

Y la del alto índice de mortalidad en niños y adultos a causa del hambre y falta de medicinas y hospitales porque el dinero del pueblo se lo roban y lo gastan en armamento bélico obedeciendo a los dictados guerrilleros de los Estados Unidos.

En estos días es cada vez más necesario que los jóvenes y todo el pueblo en general, se organicen y protesten por la intervención de que somos objeto, que ya no sólo miremos las infamias que hacen los marines y los gobernantes con nuestro territorio, sino ver la manera de sacarlos, de recobrar nuestra Patria y decidir por nosotros mismos lo que queremos hacer con Ella.
En ocasión de celebrarse el Día Mundial de los Derechos Humanos; es momento para reflexionar y reafirmar una vez más nuestro compromiso de lucha.

El Comité de Jóvenes que luchan por la Paz, te invita a que te incorpores al mismo, por qué entre más unidos estemos más fuerte seremos.

¡Fuera Tropas Extranjeras de C. A.!
¡Si a la Autodeterminación de los Pueblos!
¡No a la guerra con Nicaragua!

¡Feliz Navidad sin Desaparecidos ni Presos Políticos!

**Comité de la Juventud Hondureña por la Paz
Comité de Mujeres por la Paz "Visitación Padilla"**

vertreiben. Im Impressum erscheinen die damals aktiven Froylan Turcios und Visitación Padilla als Gründerinnen des Boletins, das auch die Numerierung von damals fortführt mit dem Zusatz "secunda epoca" (zweite Epoche).

PARTIDO DEMOCRATA CRISTIANO DE HONDURAS (PDCH)

Wir sprachen mit Efraín Díaz Arrivillaga, dem einzigen Abgeordneten der PDCH im Kongreß. Er steht im Ruf, nicht bestechlich zu sein (was in Honduras ungewöhnlich ist), und gilt als der einzige Oppositionelle dort. (Verbreitetes Sprichwort: "In Honduras ist ein Esel mehr wert als ein Abgeordneter.")

A. betont, daß der Kongreß nur lt. Verfassung die Macht im Lande besitze. Praktisch übe der Nationale Sicherheitsrat die Macht aus, ohne überhaupt in der Verfassung vorgesehen zu sein. Dem Nationalen Sicherheitsrat gehören neben den 4 obersten Militärs der Präsident, der Außen- und der Verteidigungsminister an. Die Rolle der politischen Parteien sei hinsichtlich der Macht marginal. Der Kongreß habe nur Entscheidungsmöglichkeiten in trivialen Angelegenheiten, aber nicht in den wichtigsten Fragen des Landes, wie z.B. Wahrung der Menschenrechte. Über die trivialen Dinge werde ein großer Rummel veranstaltet, über die wichtigen Dinge erfahre die Öffentlichkeit nichts.

Heute steht die PDCH in Opposition zur militärischen Präsenz der USA in Honduras. A. betont, der Bündnisvertrag von 1954 enthalte nichts von dem, was heute geschieht. Lediglich in 2 Zusätzen (annexos) sei der Bau von Flughäfen und Pisten vorgesehen. Die Zusätze seien nie vom Kongreß abgestimmt, sondern allein vom Nationalen Sicherheitsrat dekretiert worden. Honduras werde in eine Plattform der militärstrategischen und ökonomischen Interessen der USA verwandelt. Wichtig für die USA in Honduras sei dessen geographische Lage, für die Probleme des Landes leiste die USA jedoch nichts. H. müsse die Drecksarbeit für die USA machen. Ein Beispiel sei, daß die großen Militärflughäfen größer seien als der größte Zivilflughafen des Landes in Tegucigalpa.

Noch habe sich im Volk kein breiter Widerstand gegen diesen Zustand entwickelt. Das Volk werde unterdrückt und in Rückständigkeit gehalten. Die 70 Prozent der Bevölkerung, die auf dem Land leben, wüßten fast nichts. Die kommerziellen Medien, vor allem das Radio, bestimmten ihr Denken. Über sie erfolge eine gewaltige kulturelle Penetration. Eine besondere Rolle spiele das Schüren der Angst vor dem Kommunismus. Auch der Unterdrückungsapparat spiele eine große Rolle. Daß er z.B. Menschen "verschwinden" lasse, die "subversiver" Aktivitäten verdächtigt werden, sei zu verstehen als präventives Mittel der Einschüchterung.

Von Teilen der Bevölkerung werde die Anwesenheit und die Rolle der USA im Land akzeptiert. Sie versprächen sich Vorteile davon, z.B. Geschäfte. Breiter werdender Widerstand gegen die Präsenz

der USA sei eine Frage der Zeit. Diese Präsenz sei noch nie so groß gewesen, und sie werde noch immer größer. Die Schäden werden erst auf lange Sicht allgemein spürbar. Das "Gefühl nationaler Würde" werde wachsen. Es müsse sich erst langsam ein Bewußtsein über die neue Situation entwickeln.

Die PDCH sei keine Partei der katholischen Kirche. Die katholische Kirche übe keine fundamentale Kritik am System, nur gelegentlich in einzelnen Fragen. Vor allem die Bischöfe seien konservativ. Nur 3 von den 7 Bischöfen seien Hondurener. Eine wichtige Bedeutung als kritische Kraft vor allem auf dem Land hätten die 15.000 Laienprediger (celebradores de la palabra).

Die PDCH halte eine grundlegende Änderung der Gesellschaft für notwendig. A. stellt sich diese als "kommunitären Sozialismus" vor. Erst müsse sich jedoch ein Kapitalismus mit nationaler Eigenständigkeit entwickeln. Die Beziehungen zu den USA sollten nicht abgebrochen werden, sondern pragmatisch so gestaltet werden, daß dem Land mehr zugute komme. Die PDCH sei in Honduras als linke Partei abgestempelt. Ihre wichtigste Aufgabe bestehe gegenwärtig in der Basisarbeit. Zur CDU und zur Konrad-Adenauer-Stiftung bestehen Kontakte. A. betont jedoch, die PDCH sei eigenständig.

CHANCEN FÜR VERÄNDERUNGEN?

Für die Gewerkschaften und aktiven Campesinos, mit denen wir sprachen, ist es eine wiederholt betonte Selbstverständlichkeit, ihren gewerkschaftlichen und politischen Kampf mit dem Kampf um die Menschenrechte zu verbinden. Den wesentlichen Grund sehen wir darin, daß jede politische Betätigung, die den von Militärs und Regierung abgesteckten Rahmen überschreitet und auf strukturelle gesellschaftliche Veränderungen zielt, sehr weitgehende Gefährdungen mit sich bringt. Zu den Ermordeten, den Verschwundenen, den politischen Gefangenen zählen vor allem Campesinos, die um Land kämpfen, Arbeiter, die streiken, Führer und Unterstützer beinahe aller oppositioneller Organisationen. Politische Organisationen, die explizit einen revolutionären Veränderungsprozeß anstreben oder die sich als Kommunisten verstehen, erhalten keinerlei Möglichkeiten, sich auf legale Weise politisch zu betätigen. Andere Gruppen und Organisationen bewegen sich in einem prekären Zwischenbereich; sie unterhalten Büros, Versammlungszentren, geben kleine Zeitungen und Flugblätter heraus, veranstalten Demonstrationen, müssen jedoch jederzeit damit rechnen, verfolgt und unterdrückt zu werden.

Das parlamentarisch-demokratische System ist weitgehend Fassade. Weder Regierung noch Parlament (Congreso Nacional) können eine wesentliche Entscheidung treffen, ohne daß die Militärbefehlshaber zustimmen. Die politische Macht liegt in den Händen zweier Institutionen, die die Verfassung gar nicht vorsieht: 1. des



Demonstration für die Verschwundenen

Nationalen Sicherheitsrates, der von den 4 höchsten Militärs dominiert wird; 2. der US-Botschaft. Jeder in Honduras weiß das. Doch an der Legitimität dieser Institutionen zu zweifeln oder sie gar in Frage zu stellen, könnte schon als Akt der Subversion gelten.

Hinzu kommt die traditionelle Grundhaltung der Repräsentanten des Staates, wonach die Öffentlichkeit kein Recht auf Information geschweige denn Einflußnahme auf staatliches Handeln hat. Amtlich verkündete Lügen gelten als normal, egal ob sie aus dem Munde eines unteren Staatsbeamten oder aus dem Munde des Präsidenten kommen. Öffentlich geäußerte Kritik veranlaßt die Repräsentanten des Staates nicht einmal dazu, sich zu rechtfertigen; sie wird mit Schweigen übergangen oder, wenn sie zu unbequem wird, mit Gewalt zum Schweigen gebracht. Auch dies gilt in Honduras als normal.

Formal gesehen, existiert in Honduras Pressefreiheit; eine Zensurbehörde gibt es nicht, und das Risiko, von der Staatsgewalt belangt zu werden, ist - verglichen etwa mit Guatemala oder El Salvador - gering. Dennoch vermitteln die öffentlichen Medien den Eindruck von Propaganda-Instrumenten der Regierung und der Militärs. Ihr Informationsgehalt ist gering. Kritische Kommentare und Nachfragen sind in der Presse selten, in Radio und Fernsehen

überhaupt nicht zu hören.

Der wesentliche Grund für die Uniformität der öffentlichen Medien scheint darin zu liegen, daß die einheimischen Journalisten in ihrem Selbstverständnis ein Spiegelbild der Berufspolitiker in Amt und Würden sind. Sie können sich eine andere, kritische Öffentlichkeit nicht vorstellen und/oder sie fürchten um ihre Jobs. Ein journalistisches Wahrheitsethos, das auch Risiken in Kauf nimmt, gibt es nicht oder nur in Spurenelementen.

Wäre es verbreiteter, es könnte zumindest in den gedruckten Medien wenig bewirken, da deren Verbreitung auf 1 Prozent der Bevölkerung begrenzt ist. In weiten Teilen des Landes kommt überhaupt keine Zeitung an und der Großteil der Bevölkerung kann auch nicht lesen. Radio und Fernsehen sind da in einer besseren Position. In ihnen wird aber noch weniger informiert, kritisiert ...

Für die Aufrechterhaltung der bestehenden Machtverhältnisse in Honduras haben die Massenmedien eine kaum zu unterschätzende Bedeutung. Ansehen und Glaubwürdigkeit der staatlichen Würdenträger und Behörden ist gering. Die Politiker gelten allgemein als korrupt. Die Massenmedien tragen dazu bei, das moralische Defizit der Staatsgewalt durch Desinformation und ideologische Propaganda zu kompensieren. Vor allem das Schüren der Angst vor dem Kommunismus und dem angeblich aggressiven sandinistischen Nicaragua, auch eine gewisse nationalistische Phraseologie spielen eine beachtliche Rolle.

Die Machtstruktur bleibt allerdings labil. Zumal angesichts der wachsenden Armut und des spürbaren Hungers kann das Regime auf Drohgebärden, auf die Hochstilisierung "innerer Feinde" (die "Kräfte der Subversion") und auf unmittelbare Terrorakte offenbar nicht verzichten. Diese Art staatlicher Machtpolitik ist zweischneidig. Gewiß trägt sie zur Einschüchterung bei, sie höhlt jedoch auch die demokratische Fassade des Systems weiter aus. Nicht von ungefähr pendelt das Regime zwischen Phasen und Maßnahmen der Liberalisierung und verstärkter Repression hin und her.

Auch die von der Regierung und den beiden großen Parteien (Liberaler Partei und Nationale Partei) gepflegte nationalistische Phraseologie enthält Risiken für die Aufrechterhaltung des status quo. Sie mag zeitweise dazu beitragen, das Volk an den Staat zu ketten; je offenkundiger jedoch wird, daß die aktuelle Regierungspolitik das Land den militärstrategischen und ökonomischen Interessen der USA unterwirft, desto eher kann die Beschwörung der "nationalen Würde" zum Bumerang werden.

Der ökonomische Ausverkauf des Landes schreitet rapide voran. Im März wurden alle wesentlichen Bedingungen des IWF und des State Departments für weitere Wirtschaftshilfe akzeptiert, was auf eine noch schärfere Austeritätspolitik und noch weitergehende Verarmung der Massen hinausläuft. Erhebliche Teile des Landes sind

bereits von der US-army in Besitz genommen und praktisch aus dem nationalen Territorium ausgegliedert. Den Spielraum für eine eigenständige Wirtschafts-, Außen- und Militärpolitik hat sich die Regierung, ohne nennenswerte Konzessionen dafür einhandeln zu können, von den USA bereits sehr weitgehend beschneiden lassen.

Noch ist eine oppositionelle Massenbewegung im nationalen Maßstab nicht zu bemerken. Aber es gibt in einigen Bevölkerungsgruppen (z.B. Campesinos im Norden, Lehrer) und einigen Regionen Anzeichen dafür, daß die Unzufriedenheit und der Wille zum Widerstand und zu Veränderungen wächst. Der Hunger könnte dabei ebenso eine Bedeutung erlangen, wie die Erfahrung, wieder einmal von den Yankees zum Spielball ihrer Interessen herabgewürdigt zu werden.

VERÖFFENTLICHUNGEN ZU HONDURAS

PERIODIKA:

Boletín Informativo Honduras. Hrsg.: Centro de Documentación de Honduras (CEDOH), Apartado Postal 1882, Tegucigalpa, Honduras (monatlich und Spezialausgaben)

INSEH Informa. Boletín Mensual de Noticias. Hrsg.: Instituto de Investigaciones Socioeconómicas de Honduras, Apartado Postal 20-57, Colonia San Ángel, C.P. 01000 México, D.F. México (monatlich und Halbjahresberichte)

HONDUPRESS. Agencia Hondureña de Prensa, Apartado RP - 13, Managua, Nicaragua (wöchentlich)

ASEPADE. Hrsg.: Asesores para el Desarrollo, Apartado Postal 444, Tegucigalpa, Honduras (monatlich)

Update on Honduras. Hrsg.: Comité Ecuménico-Regional Centroamericano, Apartado Postal 1045, Tegucigalpa, Honduras (englisch, monatlich)

Honduras-Informationsblatt. Hrsg.: Honduras-Komitee Münster, c/o CIES, Kardinal von Galen Ring 45, 4400 Münster

SCHRIFTEN

Juan Arancibia C.: Honduras: ¿Un Estado Nacional? Tegucigalpa 1984

Centro de Documentación de Honduras: Honduras: Historias no Contadas. Tegucigalpa 1985

Gautama Fonseca: Cuatro Ensayos Sobre la Realidad Política de Honduras. Tegucigalpa 1984

Lucilla Funes de Torres: Los Derechos Humanos en Honduras. Tegucigalpa 1984

Victor Meza: Política y Sociedad en Honduras. Tegucigalpa 1982

Victor Meza: La Evolución de la Crisis. Tegucigalpa 1982

Mario Posas: El Movimiento Campesino Hondureño. Tegucigalpa 1981

Gregorio Selser: Honduras, Republica Alquilada. Mexico D.F. 1983

Honduras am Scheideweg/Honduras en la encrucijada. Hrsg.: Friedrich-Naumann-Stiftung und Institut für Iberoamerika-Kunde Hamburg, Bonn/Hamburg 1983

Honduras - am Rande des Krieges. Hrsg.: Lateinamerika-Komitee Duisburg (c/o Yvonne Ayoun, Johanniterstr. 130, 4100 Duisburg 1), 1983

Verschwunden in Honduras. Hrsg.: Honduras-Komitee Hamburg (c/o ESG, Grindelallee 9, 2000 Hamburg 13), 1985



Ausbildung hondurenischer Fallschirmspringer durch US-Soldaten

NICARAGUA

10 Jahre Kampf mit den Somozisten

Ein bußfertiger Rebell spricht von den Grausamkeiten bei der Rekrutierung und den antisandinistischen Guerillaanschlägen. Bis vor vier Monaten war er Chef eines regionalen Kommandos der Contra der antisandinistischen Guerilla und befehligte 500 Mann. Unter Ausnützung der Amnestie ist Jose Efren Mondragon mit seinem photographischen Gedächtnis zum wertvollsten Informanten der Sandinistischen Polizei geworden. Er ist 26 Jahre alt. Mit 16 trat er in die gefürchtete Militärschule der Infanterie (EEBI) unter Befehl von Tachito Somoza, dem Sohn des Diktators ein. Später ging er in die Nationalgarde und schließlich in die Guerilla der demokratischen Kraft Nicaraguas (FDN).

Er ist kriegsmüde. "Ich ging zur EEBI, weil ich arm war und dachte, dort eine Möglichkeit zum Studieren zu finden." Er würde gerne in der Landwirtschaft arbeiten, aber im Moment muß er sich vor seinen früheren Kameraden verstecken, die ihn als Verräter zum Tode verurteilt haben. Er ist ein Flüchtling ohne Domizil, immer mit dem Schatten eines Polizisten an seiner Seite.

Drei Regierungsagenten sind schweigend während des Interviews anwesend, das in einem der zahlreichen Häuser stattfindet, die das Innenministerium in Managua unterhält. Es überrascht, daß er in einer Woche das Vokabular des Regimes, das er bis vor kurzem bekämpfte, übernommen hat. Er spricht von der Aggression von außen und sagt, daß die Guerilleros geistig verwirrte Leute und bezahlte Söldner sind. "Die Not bringt uns manchmal so weit, daß wir an ungerechten Kriegen teilnehmen."

Sein Zeugnis ist natürlich nicht uninteressant. Er bringt Namen, Orte und Daten so präzise, daß sie nicht aufgesetzt erscheinen. Manchmal kreuzen sich seine Blicke mit denen seiner neuen Beschützer, aber allgemein antwortet er ohne zu zögern oder sich zu widersprechen. Sein Bericht findet, mit allen Vorbehalten, ein zweifelloses Journalisteninteresse. Es ist die Geschichte eines Mannes, der 10 Jahre lang sein Gewehr über der Schulter getragen hat.

Der Aufstand 1979 hat ihn in Managua überrascht. "Mit einem Konvoi der Guardia zog ich nach Norden. In Matagalpa schlug ich mich in die Berge, aber dort stieß ich auf eine sandinistische Patrouille und ergab mich." Er hatte keinen militärischen Rang und war jung genug, um keiner besonderen Greuelthaten beschuldigt zu werden. Nachdem er wieder in Freiheit war, kehrte er in sein Heimatdorf zurück, nach Cinco Pinos, im Departement Nord-Chinandega.

"Dort machten Sie mir den Kopf heiß, daß ich weggehen sollte, denn es könnte mir irgendetwas passieren." Am 27. Oktober des gleichen Jahres ging er illegal über die Grenze nach Honduras. "Ich hatte die Vorstellung, nach Mexiko zu gehen, aber ich wurde in El Amatillo aufgehalten, als ich versuchte, die Grenze nach El Salvador zu passieren. Ich hatte keine weiteren Papiere als den Geleitbrief, den mir die Sandinisten gegeben haben, als sie mich freiließen."

Einige Monate später wurde er in San Lorenzo (Honduras) von früheren Befehlshabern der Guardia angesprochen. "Sie schlugen mir vor, an einer Invasion teilzunehmen. Es sollte eine schnelle Sache sein, die in 72 Stunden erledigt wäre. Die Führer waren General Enrique Bermudez, derzeitiger Befehlshaber der FDN, und die Obersten Carlos Rodriguez und Guillermo Mendieta. Die Gruppe nannte sich Asociacion Democratica Revolucionaria Nicaraguense (Adren) - Demokratische, Revolutionäre Vereinigung Nicaraguas."

BILLIGE ARBEITSKRAFT

Mondragon schloß sich dem Abenteuer an. "Sie ernannten mich zum Verantwortlichen eines Lagers, das sie in Guanacaste, nahe der Grenze im Departement Choluteca hatten. Es waren 300 Mann, in der Mehrzahl Guardias. Wir hatten nicht einmal Waffen. Später verlegten sie uns aufgrund einer Klage der nicaraguanischen Regierung."

Da Gewehre für Übungen fehlten, wurden sie als billige Arbeitskraft auf den Ländereien der Großgrundbesitzer und der Offiziere des hondurenischen Heeres eingesetzt. Wer sich weigerte, mußte damit rechnen, getötet zu werden. "Wir fanden einige Erschossene in den Flüssen". Später wurde er in ein anderes Lager gebracht, nach El Paraiso, wo er den Befehl erhielt, eine Gruppe von 100 Sabotagespezialisten aufzubauen. Das Projekt bestand darin, nach Nicaragua zu gehen, allerdings mußte dies ca. 2 Jahre zurückgestellt werden. Am 14. März 1982 legte ein Kommando unter der Führung von Mondragon eine Sprengstoffladung unter die Brücke über den Rio Negro, in der Nähe von Somotillo. Dies war das erste schwere Attentat. Die sandinistische Regierung verhängte den Ausnahmezustand, der in der einen oder anderen Form noch besteht.



"Die Sprengung erfolgte 5 Minuten vor 11 Uhr. Ich erinnere mich gut an die Uhrzeit, weil zur selben Zeit noch eine andere Brücke auf der Straße nach Ocotal hochgehen sollte. Aber dort funktionierte das Dynamit nicht." Wenige Minuten vor der Explosion, nachdem der Sprengstoff angebracht worden war, wäre er beinahe noch in eine Auseinandersetzung mit einigen Milizionären geraten, aber er hielt sich rechtzeitig zurück, und ohne daß er gesehen wurde, konnte er nach Honduras fliehen, wo ein Auto wartete, um ihn in die Hauptstadt zu bringen.

In diesen zwei Jahren änderte die Organisation ihren Namen in die heutige FDN und begann, militärische Gerätschaften zu erhalten. Anfang 1981 nahm Mondragon auf dem internationalen Flughafen von Tegucigalpa die Ausrüstung für ein Radio in Empfang, mit dem seit damals der Radiosender "15. September" ausstrahlt.

"Ich brachte es in das Gehöft Las Brunas, am Berg Hule. Immer noch trainierten wir mit Jagdflinten. Aber Ende des Jahres erhielten wir die erste Kriegsausrüstung, und schon waren CIA-Berater und argentinische Offiziere bei uns, die in El Epaterique, ungefähr 2 km vom 1. Infanterie-Bataillon entfernt, eine Schule leiteten." Unter den verbündeten Offizieren des hondurenischen Heeres erwähnt er Oberst Riera und Major Flores Zabala.

DIE ERSTE SABOTAGE

Bevor er die Brücke über den Rio Negro gesprengt hatte, machte er in Zivilkleidung einen ersten Streifzug in das Gebiet von Chinandega und einen weiteren Anfang 1982, um das Gebiet auszukundschaften. Der Erfolg der ersten Sabotage brachte mit sich, daß sie ihm die Ausbildung von 100 Sprengstoffspezialisten übertrugen. Er wurde nach Las Vegas gebracht, in ein Lager, nahe der Grenze zu Nicaragua. Dort wurde das Hauptquartier der FDN eingerichtet, bis das sandinistische Heer es kürzlich mit einem Artilleriefeuer zerstörte.

Die Kämpfer der ersten Stunde sind weiterhin meist Exguardias. "Später erhielten wir Befehl, in nicaraguanisches Gebiet einzudringen und Bauern zu rekrutieren, damit sie sich unserem Kampf anschließen. Diejenigen, die versuchten, zu fliehen oder Widerstand zu leisten, mußten getötet werden, um Terror

zu verbreiten. Das waren direkte Befehle von Calero (Adolfo) und Bermudez."

Im Laufe des Jahres 1983 kamen reichlich Waffen an: Gewehre AK-47, Maschinengewehre M-60, Mörser verschiedenster Kaliber, rückstoßfreie Kanonen, Raketenwerfer RPG-7 und Granatwerfer. Das war ein Jahr großer militärischer Aktivitäten für Mondragon. Im August ging er über San Marcos nach Nicaragua und blieb ein Monat dort. Im September kehrte er wieder zurück, mit dem Auftrag, Ocotal einzunehmen. Das Glück wäre beinahe auf ihrer Seite gewesen, weil in der Stadt eigentlich kein Militär war. Aber ein Bataillon, das zufällig dort Quartier machte, schlug sie zurück.

"Bei dieser Operation, die wir Marathon nannten, gab es 12 Tote und 17 Verletzte. Unter ihnen war der Kommandant, und ich mußte den Befehl übernehmen. Eine andere Gruppe blockierte die panamerikanische Fernverkehrsstraße in Höhe von Yalagüina. Unsere Absicht war es, die Jugendlichen von Ocotal zu verschleppen, aber wir mußten uns zurückziehen. Damals informierten sie ausführlich über diese Aktion, obwohl nicht gesagt wurde, daß das Bataillon dort war, weil sein Capitán beschlossen hatte, auf dem Weg nach Norden einen Halt einzulegen, um seine Geliebte zu besuchen."

In dieser Zeit fing er an, seine Desertation zu planen. Als Chef des regionalen Kommandos Jose Dolores Estrada hatte er Zugang zum Regimentsstab und konnte feststellen, daß der schmutzige Krieg nicht ein Unfall war, sondern eine absichtliche Strategie, die sie gemeinsam, in Übereinstimmung mit den CIA-Beratern und der Direktion der FDN entwarfen. Über das berühmte Handbuch des CIA sagt er, daß sie verschiedene Handbücher erhalten haben, in denen dazu aufgefordert wurde, aktive Campesinos zu entführen und Mitarbeiter der Regierung zu eliminieren. "Sie gaben uns sogar Anleitungen, wie man Verhöre macht."

ETWAS SCHMUTZIGES

"In dem Maße, wie ich von Verbrechen, Gewalttaten und Erpressung gegenüber der Landbevölkerung erfuhr, bemerkte ich immer mehr, daß ich mich auf etwas Schmutziges eingelassen hatte. 1983 bat ich um meine Entlassung, aber sie lehnten ab, weil ich alles über die Organisation wußte. Drei Tage lang wurde ich in

einer Spezialeinheit der hondurenischen Polizei gefangen gehalten. Der Capitan Alexander Hernandez sagte mir: 'Wenn du dich nicht einfügst, werden wir dich verlieren.' Da waren noch acht andere nicaraguanische Gefangene. Einer von ihnen, Avendana, sagte mir, er fühlte, daß sie ihn umbringen würden. Wenig später fand man ihn erschossen in einer Straße in El Paraiso."

Die Übergriffe ins Innere Nicaraguas nahmen 1984 zu. Mondragon hatte sich in den Augen der FDN rehabilitiert. Fortwährend schickte man ihn auf feindliches Gebiet, "um die Bedingungen für eine Intervention zu schaffen." Sie versuchten, die Armee zu zermürben, und zwar nicht in einem direkten Kampf sondern mit Hinterhalten. Ein anderes Ziel war, die Wirtschaft zu sabotieren.

"Jedes nordamerikanische Manöver in Honduras vergrößerte unser Waffenarsenal. Auf diese Weise erhielten wir drei Push Pull- und zwei C-47-Versorgungsflugzeuge. Im Februar dieses Jahres gaben sie uns 3 Millionen Patronen für das Gewehr AK-47 und 2 Millionen für die Fal. Calero versicherte, daß wir die Militärhilfe, auch wenn sie vom Kongreß nicht genehmigt würde, aus privater Hand erhalten würden. Er sagte, daß wir bald 10.000 neue Gewehre samt Zubehör bekämen, und daß er versuche, Boden-Luft-Raketen aus Brasilien zu bekommen."

Die Contra hatte schon tausende von Männern rekrutiert. Einige mit Gewalt, andere mit Geld. Mondragon erhielt zunächst 600 Dollar monatlich und später 1.200 Lempiras, die hondurenische Währung, die einen offiziellen Kurs von zwei für ein Dollar hat. "Ende vergangenen Jahres hatte die FDN ungefähr 12.000 Kämpfer, obwohl Bermudez von 15.000 spricht. Die Hälfte davon war in Nicaragua, der Rest in Honduras. Allein im Lager von Las Vegas waren es im November 4.600 Mann."

Kommandant Mondragon kehrte am 7. Dezember vergangenen Jahres nach einer langen Kampagne auf hondurenisches Gebiet zurück. "Ich legte den CIA-Beratern die Verbrechen vor, die ich gesehen hatte, und fragte Calero, ob er sie gutheißen könne. Er antwortete mir: 'Du bist immer noch der Gleiche, du hast dich nicht geändert.' In diesem Moment wußte ich, daß sie versuchen würden, mich umzubringen, wobei mein Tod wie ein Unfall aussehen würde. So war es anderen bereits

passiert. Sie präparierten einen Mörser oder ein RPG-7, so daß er in die Luft flog. Ich achtete peinlich darauf, daß ich in dieser Zeit keine größere Schußwaffe benutzte."

Am 5. März verließ er Las Vegas in Richtung Choluteca. Von dort sprach er mit seiner Mutter, sie sollte dem sandinistischen Heer mitteilen, daß er sich stellen wolle. Er sagte zu jemanden, daß er ins Lager zurückkehren würde, ging aber stattdessen in Richtung Hauptstadt. Am 11. quartierte er sich ins Hotel Pinares in Comayagüela ein. "Am nächsten Tag bat ich zusammen mit sieben anderen in der mexikanischen Botschaft um Asyl. Die meisten ließen sie nach einer Woche gehen, aber ich bekam mein Visum für Mexiko erst zwei Monate später."

Mondragon ist ein belastender Zeuge für die FDN, für den CIA und für die Heere von Honduras und El Salvador, die in diesen Krieg verwickelt sind. "Von salvadorensischen Flughäfen aus starteten die Flugzeuge, die Corinto bombardierten. Ohne Befehl des hondurenischen Generalstabs könnten wir keine Waffen erhalten. Der Kontaktmann zur Luftwaffe war Oberst Juan Gomez."

Mondragon hat Glück gehabt. Er hat zehn Jahre gekämpft, ohne größere Spuren als eine kleine Narbe unterhalb des linken Knies zu haben, wo er von einem Granatsplitter getroffen worden war. Er wird noch mehr Glück brauchen, um zu verhindern, daß ihm seine Freunde von gestern einen Roenkranz von Kugeln in seinen Körper jagen. Mondragon ist gerade ein Schatten von 26 Jahren, ständig in Begleitung eines Polizisten. Der Krieg ist für ihn noch nicht zu Ende.

(Quelle: EL PAIS, 9.6.1985.)

Das Handelsembargo gegen Nicaragua und seine tödlichen Folgen

AUFRUF: GERADE JETZT DIE REVOLUTION GEGEN DEN WIRTSCHAFTSBOYKOTT VERTEIDIGEN!

Ausgerechnet auf deutschem Boden, von dem "nie wieder ein Krieg ausgehen sollte" wurde das US-amerikanische Handelsembargo gegen das im Aufbau begriffene Entwicklungsland Nicaragua erklärt. Die wirtschaftlichen Folgen einer solchen Strangulierung sind für das kleine mittelamerikanische Land verheerend. Die darin angelegte Strategie einer handelspolitischen Auslöschung Nicaraguas wird nur dann scheitern, wenn neutrale und demokratische Nationen neue wirtschaftliche Beziehungen eröffnen.

Nach der Verminung der nicaraguanischen Häfen, nach umfangreicher finanzieller und technischer Hilfe für die "contra", deren brutalen Überfällen bereits Tausende zum Opfer gefallen sind, verschärft die Reagan-Administration mit diesem Handelskrieg ihre Aggression, die nun ganz Nicaragua in Mitleidenschaft ziehen wird. Darunter auch die Privatwirtschaft, deren Erhaltung und Förderung Reagan aus Gründen des Pluralismus immer lautstark gefordert hatte.

Die sozialen und ökonomischen Folgen der Embargo-Maßnahme sind heute noch schwer absehbar. Die tödlichen Folgen des erklärten Handelskrieges im Gesundheitsbereich aber sind unmittelbar gegeben: traditionell sind die medizinisch-technischen Geräte und Installationen vieler Gesundheitseinrichtungen Nicaraguas auf US-amerikanische Technologien, deren Maße und Normen ausgerichtet. Zur Unterhaltung dieser Apparaturen wollte Nicaragua 1985 Ersatzteile und Verbrauchsmaterial (Anästhesie, Labor etc.) im Wert von über zwei Millionen US-Dollar aus den USA importieren. Da dies nun unmöglich geworden ist, werden ganze Abteilungen von Krankenhäusern und Gesundheitszentren Zug um Zug ausfallen oder nur noch eingeschränkt arbeiten können. Dort, wo in den letzten Jahren Beispielhaftes im Aufbau eines weltweit anerkannten Gesundheitsdienstes geleistet wurde, dem es gelang, die meisten Massenerkrankungen aktiv zu bekämpfen, - gerade dort wird das Handelsembargo mit tödlichen Folgen für die Menschen schon kurzfristig wirksam werden.

Auch im Bereich der Agrarwirtschaft wird sich das Handelsembargo auswirken. Die Agrarreform als ein Eckpfeiler der Revolution ermöglichte eine gerechtere Landverteilung. Früher besitzlose Kleinbauern bekamen eigenes Land, schlossen sich zu Kooperativen zusammen und wurden vom Staat mit technischer Hilfe, Beratung, mit Düngemitteln und Saatgut unterstützt. Wenn nun notwendige Ersatzteile für landwirtschaftliche Geräte ausbleiben werden und agrartechnologische Produkte (Dünger, Pestizide, Transportmittel) nicht mehr aus den USA eingeführt werden können, dann ist die Lebensgrundlage der Bauern, der Kooperativen und landwirtschaftlichen Produktionsbetriebe direkt gefährdet. Aufgrund ausbleibender Ernten kann die Bevölkerung nicht mehr ausreichend ernährt werden, was den gerade erst verlassenen Kreislauf aus Armut, Unterernährung und Krankheit erneut in Gang setzen wird.

Wir protestieren gegen das US-amerikanische Handelsembargo mit seinen zutiefst inhumanen Konsequenzen. Wir appellieren an die Bundesregierung, sich offen von solchen Maßnahmen zu distanzieren und auf diplomatischem Wege ihre Aufhebung zu erwirken. Gleichzeitig fordern wir die Bundesregierung auf, gerade jetzt die eingefrorene zwischenstaatliche Hilfe mit Nicaragua wieder aufzunehmen.

Wir rufen die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland dazu auf, die Menschen in Nicaragua in der Situation ihrer akuten Bedrohung nicht allein zu lassen. Unsere Solidarität mit Nicaragua muß konkret sein: durch die nicht nachlassende und überall hörbare Forderung nach Aufhebung des Embargos und mit Spenden, um bei der Aufrechterhaltung der im Agrar- und im Gesundheitsbereich erzielten Erfolge zu helfen. Erklären wir damit unser unmißverständliches Veto gegen den unmenschlichen Handelskrieg.

Informationsbüro Nicaragua/Wuppertal und medico international/Frankfurt

Spenden für medizinische Hilfe an:

medico international,
Hanauer Landstraße 147-149, 6000 Frankfurt-1,
Konto 1800 bei der Stadtparkasse Frankfurt oder
Konto 6999-508 bei Postscheckamt Köln, Stichwort:
Embargo-Hilfe

Spenden für Landwirtschaftsprojekte:

Informationsbüro Nicaragua e.V.,
Katenberg Schulweg 123, 5600 Wuppertal 1, Stich-
wort: Embargo-Hilfe, Konto 976738 bei der Stadt-
sparkasse Wuppertal

Parallel werden die Gesundheitsläden eine weitere "Container-Aktion" durchführen: nach speziellen Anforderungslisten des Kinderkrankenhauses von Managua sollen hochwertige medizinisch-technische Instrumente gesammelt werden. Mehr darüber sowie die Liste der dringend benötigten medizinischen Güter über Gesundheitsladen Berlin, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61 oder medico international.

Redaktionelle Anmerkung:

Theoretisch sind die Importe US-amerikanischer Produkte über Drittländer (aus Kanada, Europa oder Mittelamerika) zu beziehen. Doch bedeutet dies bei den fernen Drittländern eine sehr große Verteuerung wegen der weiten Transportwege. Und die mittelamerikanischen Länder sind wegen der hohen Auslandsverschuldung Nicaraguas nur noch bereit, gegen bar oder im Tauschhandel zu liefern.

So sind tatsächlich fast alle notwendigen Importgüter nicht mehr zu erhalten und der Mangel ist in vielen Bereichen drastisch zu spüren.

PERU

"Antisubversiver Kampf"

SERPAP-Peru (Dienst für Frieden und Gerechtigkeit) ist eine ökumenische Menschenrechtsorganisation, die sich für Frieden und soziale Gerechtigkeit vor allem für die andinen Dorfgemeinschaften einsetzt und dort selbstbestimmte Entwicklungsprogramme (Kunsthandwerk, Produktion, Transport) unterstützt. Seit über einem Jahr arbeitet SERPAJ auch mit dem Komitee der Angehörigen der Verschwundenen in Ayacucho (s. LN 130 u. 132) zusammen. Von Regierung und "Ordnungs"-Kräften wird SERPAJ verächtigt, auf der Seite der Guerilla-Organisation "Sendero Luminoso" zu stehen. In dem folgenden Interview nimmt der Koordinator von SERPAJ-Peru, der katholische Priester Neptali Liceta Ladera, zu diesem Vorwurf Stellung, äußert sich zur gegenwärtigen Situation in Peru und insbesondere auch zu der Taktik des Militärs, die Bauern in den "antisubversiven Kampf" einzubeziehen.

Frage: Wie stehen sie zu Sendero?

N.L.: Für uns ist Sendero eine geheime subversive Bewegung. Am Anfang wurde sie von der Bevölkerung Ayacuchos akzeptiert angesichts der Ausbeutung, der jahrhundertelangen Marginalisierung. In Sendero Luminoso schlossen sich die Söhne der Armen zusammen, die das Elend ihrer Eltern miterlitten haben, den Hunger, die Ausbeutung, und die nun außerdem vom Maoismus inspiriert sind. Man muß zu unterscheiden wissen, was Sendero als Ideologie bedeutet und dem, was an Zerstörungen und Völkermord in den Dorfgemeinschaften geschieht: In dem Maße, wie Dorfgemeinschaften angegriffen, zerstört, zerstreut werden, entsteht in ihnen eine schreckliche individuelle Gewalt. Das was den Indio, den "comunero", ausmacht, ist seine "comunidad" als harmonisches, ästhetisches, ethisches Zentrum. Wenn man dieses Zentrum attackiert, wie es seit drei, vier

Jahren massiv geschieht, es auseinanderreißt, wie z.B. im Fall von Uchuraccay, im Fall von Huayanay, überall dort, wo die staatliche, die militärische Gewalt eingriff, überall dort greift Sendero die freigesetzte individuelle Gewalt der vereinzelter Menschen auf, und dann ist es sehr leicht, ihnen die maoistische Theorie einzupfropfen und sie auf den Weg der senderistische Gewalt zu führen (Natürlich agierte Sendero vor den Militärs in der Region und verursachte ihr Eingreifen. Dennoch haben viele Dorfgemeinschaften die Militärs zeitlich vor Sendero erlebt, deren antisubversiver Kampf Körper und Gebiete erfaßte, in denen Sendero überhaupt noch nicht in Erscheinung getreten war. - Anm. d. Interviewers).

Wir haben immer betont, daß beide Seiten morden. Beide Seiten begehen Verbrechen, nehmen Leben. Aber die einen, die Militärs, morden im Namen des Gesetzes. Für Sendero gibt es kein Gesetz, das ist sein Prinzip. Für Sendero gibt es keine Demokratie, während es für die Regierung, für diese Streitkräfte, die sie eingesetzt hat, sehr wohl Demokratie gibt, denn im Namen der Demokratie begehen sie diese Verbrechen. Wenn ein Mensch wegen eines Delikts gerichtet werden muß, dann darf man ihn nicht verschwinden lassen, d.h. umbringen; da gibt es Gerichtshöfe, Urteile, Verfahren, alle möglichen Strafen gemäß dem Gesetz.

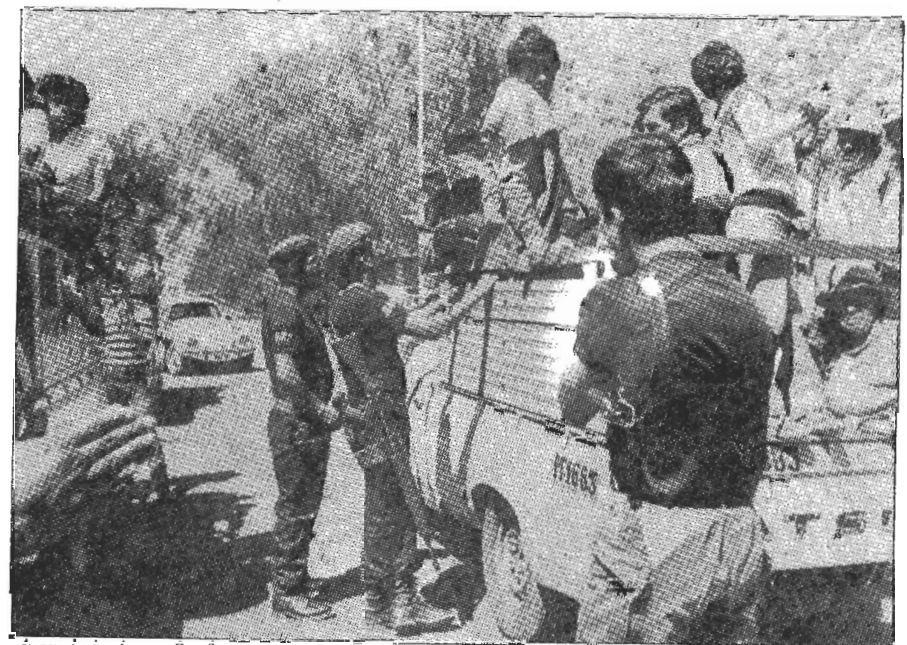
Was wir klarmachen müssen ist, daß die Streitkräfte krimineller, inhumaner sind, auch in dem Sinne, daß sie langsam und qualvoll töten. Man hat Massengräber gefunden mit Leichen, denen man die Augen ausgestochen hatte, die Zungen abgeschnitten, die Hoden, die Hände. Das macht nicht Sendero. Alle Angehörigen der Toten bezeugen das, und sie lügen nicht. Alle bezeugen, daß die Militärs ihre Söhne, ihre Töchter, ihre Männer holten, und zwar sowohl die Marine-Infanterie wie die "Sinchis" (Spezialeinheit zur Terrorismusbekämpfung; d.Red.) wie die verschiedenen Geheimdienste.

Alle bestätigen auch, daß sie jetzt ausgefeiltere Methoden anwenden. Sie kommen nicht mehr mit ihren Panzern dicht an die Häuser herangefahren, wenn sie Personen festnehmen, wenn sie die Türen eintreten und die jungen Leute herausholen; jetzt bleiben die Panzer weiter weg, und sie kommen auch nicht mehr in Gruppen, sondern zu zweit. Sie haben die Foltermethoden perfektioniert, es werden jetzt keine Gefangenen mehr nach Lima gebracht, jetzt werden alle zum Verschwinden georacht. Es werden keine Gefangenen mehr gemacht.

Frage: Das heißt, es wird immer schwieriger, die Fälle zu denunzieren?

N.L.: Es ist viel schwieriger geworden, denn die Militärs kennen sich jetzt besser aus in der Anwendung der Gewalt; sie haben ihre Strategien weiterentwickelt. Der ganze teuflische Prozeß, der in Argentinien ablief, wiederholt sich jetzt in Ayacucho.

Und seit neuestem sehen wir, daß sie für die Freilassung von Festgenommenen Geld verlangen. D.h., jetzt gibt es in Ayacucho Mütter, die Geld aufzutreiben versuchen, und ich weiß, daß eine Freilassung 6 Millionen Soles (ca. 2000 DM) kostet. Wir haben Beweise dafür. Die Angehörigen haben noch Hoffnung, daß ihre Männer, ihre Söhne in den Kasernen oder geheimen Gefangenenlagern irgendwo am Leben sind. Ich persönlich glaube das angesichts der großen Zahl der Gräber, die gefunden werden entlang der Wege und Straßen, nicht. Die Geier kreisen über Ayacucho und über den Dörfen, angelockt von den Leichen, die sie dann ausgraben. Überall. Es ist ein Friedhof. Ayacucho bedeutet "Totenwinkel", Pucayacu bedeutet "Blut". Ich sehe hier eine mythologische Verbindung, als ob ein teuflischer Plan sich erfülle im Verschwindenlassen, im Entwurzeln und Zerstören, um dann sagen zu können, daß das Problem, das nie eine Lösung fand, auf diese Weise gelöst werden könne.



Ayacucho im August: Straßensperre der Polizeitruppe „Guardia Republicana“. Bei dem Gewehr handelt es sich um ein G 3 von Heckler & Koch.

BAUERN ALS "PARAMILITÄRS"

Frage: Können sie uns etwas sagen zur Einbeziehung der Bauern in den antisubversiven Kampf, den sogenannten "Paramilitärs", denn diese Form der Repression ist noch zu wenig bekannt.

N.L.: Das ist etwas ganz fürchterliches: Die Bauern werden von den Militärs gezwungen, sich gegenseitig abzuschlachten. Wie weit sind wir gekommen! Vor ein paar Tagen, als ich aus Ayacucho abflog, zählte ich 600 Jugendliche zwischen 13 und 18 Jahren, die sie auf dem Flugfeld marschieren ließen. Die sammeln sie mit Hubschraubern in den verschiedenen Dörfern ein, um sie im Kampf gegen den Terrorismus zu schulen. 600 sah ich. Die werden natürlich für den Bürgerkrieg geschult. Ayacucho ist das Zentrum, wo Erfahrungen für den Krieg gesammelt werden. Die Militärs studieren die Psychologie der andinen Welt, um sie an ihrer schwächsten Stelle anzugreifen, der Entwurzelung aus der Dorfgemeinschaft. Diese Vergewaltigung geht so weit, daß sie diese Bauern zwingen, alles umzubringen, was nicht zu den Paramilitärs gehört. Es gibt nur zwei Alternativen: Entweder du akzeptierst uns, machst bei uns mit – oder du bist Senderist. Da ist kein Ausweg, auch nicht für die Frauen. Bei den Paramilitärs sind Frauen von 50, 60 Jahren, Mädchen, Alte, alle werden zum Töten abgerichtet. Das ist etwas, was es noch nie zuvor gegeben hat. In Querobamba z.B. patrouillieren die Frauen in der Nacht, da haben sie ihre Kinder dabei. Wer nicht mitmacht, begibt sich in Lebensgefahr.

Alle Familien sind registriert. Niemand kann ohne Erlaubnis der Paramilitärs das Dorf verlassen. Wenn Erlaubnis erteilt wird, dann für zwei oder drei Tage. Wer nicht zurückkommt, ist in Gefahr, umgebracht zu werden. Alles haben sie registriert: Zahl der Familienmitglieder, Zahl der Kinder. Taucht jemand auf, der nicht auf der Liste steht, wird er automatisch als Senderist verdächtigt und auf seine ganze Familie fällt ein schrecklicher Verdacht.

Und das ist nicht nur so in Ayacucho, Huancavelica, Apurimac. Das breitet sich aus: Huanaco, Tingo Maria, Cerro de Pasco, jetzt auch Pucallpa, Trujillo. Es erreicht die Städte.

Frage: Sendero wird also immer weiter in die Enge getrieben?

N.L.: Die jungen Leute, die in Sendero kämpfen, sind eingekreist. Sie sterben zu Hunderten. Aber sie haben den andinen Widerstand gegen den Hunger, die Kälte, die

Müdigkeit wiederentdeckt, die traditionelle Medizin, all die Errungenschaften ihrer Vorfahren, auch ihre Strategie, sich in den Bergen zu verstecken. Auf andere Weise ist es nämlich nicht zu erklären, daß überhaupt noch welche am Leben sind.

Ein Lehrer erzählte mir, daß die Paramilitärs vor kurzem in einer Höhle bei Pucayacu zwei Senderisten gefangen und zum Militärlager gebracht haben. Daraufhin gingen andere an den gleichen Ort und entdeckten 60 Senderisten, die sich in der Höhle versteckt hatten. Alle haben sie an Ort und Stelle umgebracht. Zwei Frauen mit ihren Kindern stürzten sich den Abhang hinunter, um sich nicht den Paramilitärs auszuliefern. Das geschieht dort.

Und auch die Flucht aus den Dörfern, das Verlassen der Arbeit. Die landwirtschaftliche Produktion ist extrem zurückgegangen, niemand bestellt mehr sein Feld. Stattdessen werden alle militärisch trainiert, und dafür erhalten sie Lebensmittel. Ich weiß nicht, ob das Spenden von Caritas sind; sie erhalten sie jedenfalls von den Militärs, warten täglich auf ihre Ration und durchkämmen die Berge. Mit der Viehzucht ist es genauso, denn wenn die Paramilitärs die Berge durchkämmen, töten sie alle Tiere, die sie finden. Die Situation spitzt sich immer mehr zu, wird immer verzweifelter. Der Hauptfeind ist der Hunger.

Frage: Wie trifft diese Situation besonders die Kinder?

Das Fernsehen warb kürzlich in Lima dafür, Waisen aus Ayacucho zu adoptieren. Was sind das für Kinder, was geschieht dort mit ihnen?

N.L.: In den Dorfgemeinschaften funktionieren die Schulen nicht mehr, die Lehrer sind geflüchtet, sogar die Priester haben die Dörfer verlassen. Und diese Kinder, die ihrem Schicksal überlassen sind, kommen dann nach Ayacucho. (...) Im Augenblick richtet die Polizei Kinderheime ein, und dort sammeln sie die verlassenen Kinder. Der Bischof hat das Geld (57.000 Dollar, die der Papst zur Verfügung gestellt hat; d.Red.) empfangen, und jetzt bauen sie unter Aufsicht des politisch-militärischen Kommandos. Nichts für die Armen, alles für die offiziellen Stellen, für die Militärregierung. Hier bahnt sich etwas Schreckliches an, denn diese Kinder werden traumatisiert, das wird eine Generation, ich weiß nicht von was –

Frage: Was konkret machen die Ordnungskräfte mit den Kindern?

N.L.: Sie impfen ihnen den Geist der Gewalt ein. Sie sagen z.B. einem Kind, daß Sendero seinen Vater mitgenommen hat, das reden sie dem Kind ein, obwohl es mit

eigenen Augen gesehen hat, daß es ein Soldat war, der seinen Vater festnahm. "Deinen Vater, oder deine Brüder, die hat Sendero auf dem Gewissen", sagen sie, und wenn das Kind sagt: "Nein, es war ein Polizist oder ein Militär, ich habe es doch gesehen", dann zwingen sie ihm ihre Version auf. Viele Kinder sind schon aus diesen Einrichtungen geflüchtet. Und in Huancasoncos z.B., auch in Tambo und Huamanguilla, da bilden sie diese Kinder militärisch aus. Sie werden für ihr ganzes Leben traumatisiert. Es gibt keinen Namen für dieses Unrecht.

DIALOG - EIN WEG AUS DER GEWALT?

Frage: Was müßte angesichts all dieser Tatsachen geschehen, damit die Gewalt aufhört? Welche Maßnahmen sehen sie für sinnvoll, für notwendig an?

N.L.: Frieden kann es nicht geben, solange die Angriffe weitergehen. Ohne Respekt kann man zu keinem Dialog kommen. Wie sehr ein Mensch auch irren mag, ich glaube nicht, daß alle Hoffnung verloren ist. Wie sehr Sendero auch irren mag ...

Frage: Sie halten einen Dialog für möglich? Und: Wer sollte sich daran beteiligen?

N.L.: Ich halte ihn für möglich. Wo man nicht miteinander spricht, ist kein Friede möglich. Sendero kann diesen Dialog nicht anfangen, auf keinen Fall. Er darf auch nicht von den politischen Parteien ausgehen, von Ge-
... usw. Das muß eine Kommission von in-



tegren Leuten sein, die keiner parteilichen Ideologie verpflichtet sind, die das Gespräch in aller Tiefe und mit Verständnis führen können. Vielleicht gibt uns Kolumbien einen Hinweis, aber wir dürfen nicht warten bis es so weit kommt wie dort. Ich glaube, daß es jetzt möglich ist, eine solche Kommission zu bilden, die sich Sendero nähert.

Auch innerhalb von Sendero gibt es verschiedene Fraktionen, mehr oder weniger radikale, und viele merken jetzt, daß es so nicht mehr weitergehen kann. Sendero muß von der andinen Welt assimiliert werden. Daran glaube ich, denn die andine Welt erträgt nicht allzu lange Zeit diesen Kriegszustand, diese Gewalt. Der Dialog wird notwendig werden, aber Sendero wird auch nicht jede Kon-
dition akzeptieren.

Frage: Können sie erklären, wie diese "Assimilation" von-
statten gehen soll?

N.L.: Wenn die andinen Dorfgemeinschaften zu ihrem Zentrum, zu ihrer ursprünglichen Struktur zurückkehren, zur gemeinschaftlichen Arbeit, wenn sie ihre Basis von Demokratie und Gleichheit wieder festigt, wenn man sie dabei unterstützt, all das zu retten, was jetzt verlorengeht, dann kann die andine Welt Sendero auffangen. Denn diese Gemeinschaften sind ihrer Tradition nach nicht gewalttätig; ihre Verteidigungsmethoden gegen die Aggressionen waren nicht kriegerisch, sie verteidigten sich nicht mit Waffen, sondern durch ihre Organisation.

An einigen Orten, z.B. in Cosme, ist Sendero dabei, die Felder zu bestellen und alle Grenzlinien zu zerstören, die dieses System den Dorfgemeinschaften aufgezwungen hat. Dort ist das Großgrundbesitzertum verschwunden, sie machen Gemeinschaftsarbeiten zur Selbstversorgung. Dort hat Sendero eine andere Mentalität, denn sie haben gesehen, daß man die Produktion nicht zerstören darf. Was Sendero nicht will, ist das System der ungerechten Vermarktung der Produktion zugunsten der Städte.

Ich sehe in diesem Beispiel ein Zeichen, und wenn man diese Tendenz fördert, dann wird sich die andine Gemeinschaft als eine befreiende Kraft erweisen, als ein Konzept wirklicher Demokratie, autonom, ausgehend von der autonomen Organisation der Indios.

In diesem Rahmen kann Sendero assimiliert werden. Er enthält darüberhinaus ein theologisches Konzept: Gott aus der Perspektive der Anden ist anders als der Gott des Westens: Ein Gott, der in der Gemeinschaft lebt und Ziel des Friedens ist, Ziel der Brüderlichkeit und der sozialen Gerechtigkeit.

Die Dorfgemeinschaften sind zerstört worden, und sie werden weiter zerstört, ihre Bewohner durch Schüsse und durch den Hunger vertrieben. Dagegen muß ein Hilfsprogramm für die andine Welt gesetzt werden, denn von dort kommt die Befreiung für dieses Peru, aus dieser schon gelebten Demokratie. Ohne Beteiligung des andinen Peru wird es keinen wirklichen Dialog, keine wirkliche Lösung geben können.

Frage: Und wie ist es im Fall der Städte, der Elendsviertel, denn da ist Sendero ja auch präsent?

N.L.: Ja, da ist Sendero, aber auch die andine Mystik und das gemeinschaftliche Konzept. Hier in den Städten ist es sogar gewachsen und hat vielfältige Formen angenommen. Es gibt in Lima 4000 andine Organisationen, die durch Folklore, die Kunst, die Musik ihre Ablehnung des Systems zum Ausdruck bringen. Lima ist nicht mehr die koloniale Stadt an der Küste. Durch die Migration der letzten Jahrzehnte hat die Provinz von Lima Besitz ergriffen und in dem Sinne ist es, wie Jose Maria Arguedas sagte, keine "zivilisierte" Stadt. Das ist das Gute, das ist ein Fortschritt. Auch hier, ohne Land, lebt die andine Welt, realisiert sich die andine Lebensform, die andine Organisation. Auch hier könnte Sendero den Weg zum Frieden einschlagen.

Aber die Flucht der Andenbewohner nach Lima müßte aufhören. Wenn Sendero sich ganz in die Städte verlagert, wird das schreckliche Konsequenzen haben. Die Lösung muß dort gesucht werden, in den Anden, nicht hier. Hier, das ist fremde Erde, hier, das ist Wüste. Um das Problem Perus zu lösen, gibt es nur eins: Umkehren, zurückkehren zur andinen Welt, dorthin, wo unsere Wurzeln sind.

Aktion Inka: Ein Oberhäuptling nach Geschmack des Publikums?

Im Rahmen der Lateinamerika-Tage trat eine "Aktion Inka" und ihr Vorsitzender, Herr Moises Gamarra, der sich auch "Inka Kecizate Atahualpa" nennt, in Erscheinung. Die beiden Auftritte der "Aktion Inka" sorgten jedoch bei den Organisatoren des FDCL für Kopfschmerzen und führten zu mehreren kritischen Reaktionen und Protesten. Studenten des Lateinamerika-Instituts verteilten Flugblätter gegen die "Aktion Inka", das Perukomitee-Berlin und die Gesellschaft für bedrohte Völker protestierten beim FDCL; auch in einem Beitrag von SFB III vom 2.7.85 wurden die Auftritte des "Inka" kritisch kommentiert. Grund genug also, hier die Veranstaltungen des "Inka" nachzubereiten, insbesondere weil ein großer Teil des Publikums dem "Inka" großen Beifall zollte.

WER IST DIE "AKTION INKA"?

"Aktion Inka" ist ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Düsseldorf. Vorsitzender ist der Peruaner Moises Gamarra, nach eigenen Angaben ein gebürtiger Ashaninka (Campa) aus San Ramón in der peruanischen Selva Central. Er lebt seit Anfang der siebziger Jahre in Europa, seit 1978 in Düsseldorf. Er selbst bezeichnet sich als "nationales und absolutes Oberhaupt der Campa" und als "Inka" der Quechua-Aymara-Campa-Nation". Als Beweis der Rechtmäßigkeit seines Titels legte er in Berlin Kopien von Briefen einiger weniger "Comunidades Nativas" vor, die von ihm Geld erhalten haben.

WAS WILL DIE "AKTION INKA"?

Die Frage blieb nach den beiden Veranstaltungen offen. In einem Informationsheft des Vereins, das "Ruf des Inka" heißt, werden nebulöse Forderungen nach Wiedererrichtung des Inka-Reiches ("Tahuantinsuyo") laut. Durch die Wiedereinsetzung des Inka (der natürlich Moises Gamarra heißt) und die Rückbesinnung auf die alten inkaischen Gesellschaftsstrukturen sollen die Probleme Perus als ein Land der Dritten Welt gelöst werden. Das Inka-Reich selbst wird idealisiert und in einem auf den Veranstaltungen verteilten Arbeitspapier der "Aktion Inka" als "Notgemeinschaft verschiedener Stämme und Sippen gegen extreme Lebensbedingungen" dargestellt.

Moises Gamarra bezeichnete zum Beispiel während seines Vortrages die inkaische Institution der "Acllakuna", der Sonnenjungfrauen, die nur dem Inka-Geschlecht Arbeitsleistungen erbringen mußten, als "demokratisches Modell für das heutige Peru".

Historische Fakten, die nicht in sein simples Geschichtsbild vom Friede-Freude-Inka-Reich hineinpassen, z.B. die Eroberungen verschiedener andiner Gesellschaften durch die Inka und die interethnischen Widersprüche, die dazu führten, daß die Spanier in vielen Provinzen zunächst als Befreier von der Inka-Herrschaft angesehen wurden, werden einfach verfälscht.

GIBT ES EINEN "OBERHÄUPTLING"?

Das Rezept ihrer Ideologie ist einfach: Man nehme eine kräftige Portion Inka-Romantik, rühre einen Schuß Zivilisationskritik hinein und würzt das Ganze zum Schluß mit etwas Ökologieproblematik. Eine Prise 3.Welt-Diskussion rundet das Gericht ab. Wichtig dabei ist die Erscheinung des Kochs. Er muß authentisch wirken. Am besten serviert man dann das ganze bei etwas Flöten- und Charango-Musik. Kritikern hält man einfach entgegen, daß die Zusammensetzung des Gerichtes gar nicht falsch sein kann, weil der Koch ja authentisch ist.

Warum die Indianerfans immer nach einem "Anführer" oder "Oberhäuptling" Ausschau halten müssen, ist uns ungreiflich. Können sie nicht verstehen, daß es Völker gibt, die kein "Oberhäuptlingstum" kennen.

Im peruanischen Amazonastiefland leben mehr als 60 ethnolinguistische Gemeinschaften (ca. 250.000 Menschen), die sich sprachlich wie kulturell zum Teil erheblich von einander unterscheiden und sich selbst von Nachbarvölkern abgrenzen. Charakteristisch sind ihre dezentralen Organisationsstrukturen, die ein überregionales "Oberhäuptlingstum" ausschließen. Innerhalb der Tieflandethnien besteht grundsätzlich eine starke Segmentierung, die durch verwandtschaftliche Beziehungen bestimmt wird. Das heißt, innerhalb der lokalen Gemeinschaften bzw. der Familienverbände (die sich über mehrere "Comunidades" erstrecken können) gibt es traditionelle Autoritäten, gewählte "presidentes" (deren Wahl das Gesetz 22175 vorschreibt), u.a. Ihrer Macht sind Grenzen gesetzt. Das gilt auch für die Ashaninka des Herrn Moises Gamarra, deren 35.-40.000 Angehörige sich ebenfalls untereinander abgrenzen.

Es gehört schon eine Portion Unverfrorenheit dazu, sich als "Oberhäuptling" der ca. 5-7 Millionen Quechua- und Aymara-Hochlandindianer und der gesam-

ten Tieflandethnie der Ashaninka aufzuspielen. Dabei ist "Kicizate Atahualpa" nach seinem Bekunden kein Quechua aus dem andinen Hochland, sondern Ashaninka. Die Ashaninka haben eine völlig andere Kultur und Tradition als die Quechua oder Aymara. Aber auf die unterschiedlichen kulturellen Traditionen und Kulturen im Vielvölkerstaat Peru kommt es dem selbsternannten "Inka" nicht an. Seine Basis findet er nicht dort, sondern in Europa, wo viele Leute auf die indianische Welle abfahren.

Geschickt versteht es Moises Gamarra, das interessierte Publikum für sich einzunehmen. Kritikern wird generell vorgeworfen, weiße Besserwisser zu sein, die ihn, den authentischen Indianer persönlich angreifen wollten. Wie kann man es als Europäer nur wagen, die Ausführungen eines Indianers in Zweifel zu ziehen. Ist das nicht typisch kolonialistisch-reaktionär?

INKAISCHE SPENDEN FÜR TRAKTOR UND WELLBLECH

Konkrete Aussagen machten die Mitglieder der "Aktion Inka" nur, wenn es um ihre Spendensammlung ging. Auch hier wurden wir stutzig: paßte der Tenor der vorgestellten Projekte doch nicht in das "inkaische" Ökologie-Weltbild.

Während seines Vortrages stellte der "Inka" kurz zwei aktuelle Projekte der "Aktion Inka" vor. Einmal soll für eine Campa-Gemeinschaft, die Kaffee anbaut, ein moderner Traktor gekauft werden, zum anderen will man Zement und Wellblech für einen Schulneubau in einer kleinen Tieflandgemeinde finanzieren. Zu beiden Projekten folgende Anmerkungen: Die Humusschicht im tropischen Regenwald ist nicht sehr tief, die Böden nach wenigen Jahren unproduktiv. Der traditionelle Brandrodungsfeldbau der Tieflandethnien ist zwar nach unseren Begriffen mühsam, aber die ökologisch sinnvollste Feldbaumethode. Traktoren werden im Tiefland vornehmlich auf großen Haciendas, Plantagen und vom Agrobusiness eingesetzt; dort wo z.B. ausgedehnte Weideflächen unterhalten werden oder mit Kunstdünger gearbeitet wird. Traktoren müssen in dem feuchten Klima ständig gewartet werden, Ersatzteile kommen aus Europa und den USA und sind extrem teuer. Natürlich ist es möglich, daß es einige Campa gibt, die einen Traktor haben wollen, weil er als Symbol des Fortschritts gilt. Aber hier geht es mehr um den Symbol- als den Gebrauchswert. Warum der "Inka" nicht die Wichtigkeit der traditionellen Feldbaumethoden herausgestellt

hat, haben wir nicht verstanden. Auch blieb uns unverständlich, warum eine kleine Grundschule in der Selva Zementwände und ein Wellblechdach haben muß. Zement ist in dieser Region 3-4 mal so teuer wie in Lima. Jahrzehntlang hat man den Tieflandindianern eingebleut, das Zement und Wellblech Symbole des Fortschrittes sind. Aber tagsüber ist es unter den Wellblechmatten extrem heiß. Des "Oberhäuptling's" Argument, daß die traditionellen Dachkonstruktionen schnell verrotten, ist falsch. Die Wellblechmatten sind nach 5-6 Jahren durchgerostet. Warum betont der "Oberhäuptling" hier nicht die Vorteile der traditionellen Hausbautechniken, die doch erheblich billiger sind? Das interessierte Publikum blieb stumm und zollte Beifall.

ÜBERREGIONALE BASISORGANISATIONEN DER PERUANISCHEN TIEFLANDINDIANER

In den siebziger Jahren schlossen sich zahlreiche "Comunidades Nativas" (indian. Gemeinschaften) gleicher ethnischer Herkunft zu "federaciones" zusammen oder trafen sich zu Kongressen, um sich gegen die äußeren Bedrohungen durch staatliche Großprojekte, multinationaler Unternehmen und Kleinsiedler besser zur Wehr setzen zu können. Um sich gegenseitig zu informieren und ihre Aktivitäten zu koordinieren, entstand 1977 das interethnische Komitee COCONASEP (Comité de Coordinación de la Selva Peruana). Aus der Arbeit dieses Komitees ging 1979 AIDSESEP (Asociación Inter-Etnica de Desarrollo de la Selva Peruana) hervor. AIDSESEP ist die einzige überregionale und interethnische Organisation peruanischer Tieflandethnien und vertritt zur Zeit 10 verschiedene ethnische Zusammenschlüsse, darunter diejenigen der Shipibo, Aguaruna und Huambisa, Ashaninka. AIDSESEP arbeitet unabhängig von Staat, Kirche oder politischen Parteien. Ihre wichtigsten Aufgaben sieht AIDSESEP im interethnischen Informationsaustausch (man gibt regelmäßig eine Zeitschrift heraus), in der Hilfestellung bei juristischen Problemen der Landtitulation, man verhandelt im Auftrag von indianischen Gemeinschaften mit den Behörden, interveniert bei Landkonflikten, arbeitet mit Menschenrechtsorganisationen zusammen, beantragt Gelder zum Bau von Schulen und Sanitätsstationen, etc.

AIDSESEP vertritt nur Tieflandethnien, also nicht die Quechua und Aymara-Bevölkerung des Hochlandes, die aufgrund ihrer unterschiedlichen historischen Entwicklungen und kultureller Traditionen sich in eigen-

nen Organisationen und auf nationaler Ebene in Bauerngewerkschaften wie der CCP oder CNA zusammenschließen.

Ein "Oberhäuptlingstum" wird von keinem Repräsentanten oder Delegierten von AIDSESEP gepflegt. Es würde der Organisation die Legitimation und Glaubwürdigkeit entziehen. Es soll auch nicht verschwiegen werden, daß die starke regionale Segmentierung eines der größten Probleme für die Arbeit von AIDSESEP bildet. Im wesentlichen diejenigen "Comunidades Nativas" mit AIDSESEP zusammen, die in den letzten Jahren am stärksten vom Verdrängungsprozeß der Kleinsiedler aus dem Hochland und Großunternehmen ausgesetzt waren und die Notwendigkeit erkannten, ihre traditionellen Organisationsformen zu erweitern. *) arbeiten

Der bedeutenste Zusammenschluß der Ashaninka ist die ACONAP (Asociación de Comunidades Nativas Ashaninka del Valle Pichis), die sich im Januar 1984 zu ihrem I. Kongreß traf, an dem 31 Ashaninka-Gemeinschaften vertreten waren. Eine "federación" oder "asociación" ähnelt mehr einem offenem Forum, zu dem die "Comunidades" Delegierte schicken und jeder interessierte Tieflandindianer teilnehmen kann. Der Sprecher und der Vorstand einer solchen "federación" werden von der Versammlung direkt gewählt. Die ACONAP fand ein breites Echo in dieser Region, weil dort eines der Großprojekte der Regierung Belaufende verwirklicht wird: das "Proyecto Especial Pichis-Palcazu". Mehr als 150.000 Hochlandbewohner sollen hier mit Unterstützung internationaler Finanzinstitutionen in diesem "menschenleeren" Gebiet angesiedelt werden. Holzverarbeitende Unternehmen bekommen seit einigen Jahren riesige Urwaldareale als Konzessionen zur Abholzung zugesprochen und zerstören den indianischen Gemeinschaften ihren Lebensraum.

So sind also mit Vorträgen wie "heilige Tempel der Inka" oder "das existenzielle Leben hat kein Ende" durch die "Aktion Inka" möglicherweise die Indianerfreunde hier zu beeindrucken, im peruanischen Tiefland findet sich dafür keine Basis.

Mit diesem Beitrag wollten wir keinen "kleinlichen Verbalfeldzug" (Zitat aus der Pressemitteilung der "Aktion Inka") führen, der diese Ein-Mann-Organisation eher noch aufwerten würde. Unser Interesse liegt darin, eine Diskussion über die tatsächlichen Probleme und Widerstandsformen der peruanischen Tiefland- wie Hochland-Indianer anzuregen. Wir meinen daß eine sinnvolle Solidaritätsarbeit nur mit den dortigen Basisorganisationen möglich ist.

URUGUAY

Hilferuf der Tupamaros

Die Führer der Nationalen Befreiungsbewegung Tupamaros haben nach ihrer Freilassung aus einer Haft, die elf Jahre gedauert hat und in der sie rücksichtslos und systematisch gefoltert wurden, einen Hilferuf an alle Welt gesandt, den wir hier dokumentieren.

Die Tupamaros hatten sich Ende der sechziger Jahre in der uruguayischen Hauptstadt Montevideo und ihrer Umgebung einen Namen als erste konsequent arbeitende Stadtguerilla-Organisation gemacht. Mit spektakulären Aktionen wie etwa Banküberfällen zur Enteignung von Dokumenten, die über das Ausmaß der Korruption unter den Herrschenden Auskunft gaben, errangen sie sich in weiten Kreisen der Bevölkerung viele Sympathien.

Als die Aktionen der Tupamaros jedoch mit der kurzfristigen Besetzung einer Kleinstadt oder der Entführung und schließlich Tötung des US-Folterspezialisten Dan Mitrione eine Größenordnung erreichten, die die Fundamente der Gesellschaft in Frage stellten, griffen die Militärs als die "Garanten von Sicherheit und Ordnung" ein und räumten nicht nur mit dem "Terrorismus" auf, sondern gleich auch noch mit der bürgerlichen Demokratie, deren Korruption nach Jahrzehnten mehr oder minder guten Funktionierens endgültig erwiesen schien.

1972 waren alle wichtigen Leute der Tupamaros gefangen. Schon damals begann ihr Martyrium. Raúl Sendic, von Anfang an der allgemein anerkannte Kopf der Bewegung, ist heute unfähig zu sprechen. Noch Wochen nach seiner Freilassung ist er nicht in der Öffentlichkeit erschienen.

Als die Militärdiktatur in Uruguay dem Ende entgegenging, weigerten sich die Militärs zunächst noch, das Schicksal der führenden Tupamaros in die Hände der neuen demokratisch gewählten Regierung zu legen. Sie wollten diese Leute weiter behalten, als Geiseln. Und der neugewählte Präsident Sanguinetti tat sich ebenfalls schwer mit einer allgemeinen, unbeschränkten Amnestie.

So bedurfte es eines starken politischen Drucks der gesamten Opposition, um auch die führenden Tupamaros den Militärs zu entreißen.

Nach ihrer Freilassung haben die Tupamaros betont, daß die neue Demokratie von 1984 etwas ganz Anderes sei als die Demokratie von 1971 etwa, gegen die sie mit den Methoden des bewaffneten Kampfes angetreten waren. Jetzt komme es darauf an, in dieser neuen Demokratie zusammen mit dem Volk eine politische Kraft aufzubauen, die die erforderlichen gesellschaftlichen Veränderungen durchsetzen könne. Das Verhältnis zur Frente Amplio, zur Breiten Front der politischen Linken wurde noch nicht geklärt. Von Raúl Sendic wurden zwei Bücher veröffentlicht, eines mit Thesen zur Wirtschaftspolitik, kommentiert von so illustren Schriftstellern und Ökonomen wie Mario Benedetti (Uruguay), David Barkin (USA), Ruy Mauro Marini (Brasilien), Alberto Spagnolo (Argentinien) und Pedro Vuskovic (Chile), ein zweites mit Briefen aus dem Gefängnis an seine Familie.

Die Frente Amplio und die Nationale Partei haben diese politischen Aussagen der Tupamaros sehr positiv beurteilt und nur das ihrer Ansicht nach etwas "messianische" Auftreten kritisiert. Die gegenwärtige Position kommt auch sehr deutlich in dem Hilferuf zum Ausdruck, dessen Text hier folgt:

AUF RUF DER NATIONALEN BEFREIUNGSBEWEGUNG (TUPAMAROS)

AN DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

An die demokratischen Regierungen
An die internationalen Hilfsorganisationen
An die gewerkschaftlichen Organisationen
An die politischen Parteien
An die gesellschaftlichen Organisationen
An die Menschen guten Willens
An die Völker der Welt

Uruguay erlebt heute das Ende einer langen und schmerzreichen Nacht, in der der Kampf seines zur Armut verurteilten Volkes die Eroberung einer frühlinghaften Demokratie erreicht hat. Als Gründer dieser Bewegung und für viele Jahre Geiseln der Diktatur finden wir uns im Augenblick der Haftentlassung zusammen mit Hunderten von Genossen, die die beste Zeit ihres Lebens für die gerechte Sache der Errichtung einer menschlichen, solidarischen und brüderlichen Gesellschaft gegeben haben, vor einem trübseligen Panorama, das nur, dessen sind wir sicher, mit Ihrer unschätzbaren solidarischen Unterstützung eine Auflösung finden wird.

Genossen, die ihr Leben geopfert haben, haben so ihre Frauen und Kinder der harten Aufgabe ausgesetzt, sich inmitten einer beängstigenden Wirtschaftskrise, die heute unser Vaterland erleidet, als Personen realisieren und überleben zu müssen.

Genossen, die die Folter und die systematischen Pläne ihrer physischen und psychischen Vernichtung erduldet haben, müssen heute trotz der Erschwernisse durch körperliche Schäden, Krankheiten und seelische Veränderungen ohne Hilfe und machtlos gegenüber der herrschenden Krise ihre Verantwortung gegenüber ihren Familien wieder auf sich nehmen.

Hunderte von Genossen, die kürzlich aus der Haft entlassen wurden, sind durch ihre jahrelange Isolation von einer sich wandelnden Gesellschaft klar benachteiligt und müssen sich in einem Moment um Arbeitsplätze bemühen, in dem die Arbeitslosigkeit alarmierend hoch ist.

Wir lieben den Frieden. Wir setzen auf das Leben. Wir kämpfen um die Gerechtigkeit. Wir haben diese Ziele zum Sinn unseres Lebens gemacht. Mit diesen Fahnen wollen wir uns, heraus aus dem Gefängnis, auf dem Weg einfügen, den unser Volk zeichnet, um eine authentische Demokratie zu errichten und zu festigen.

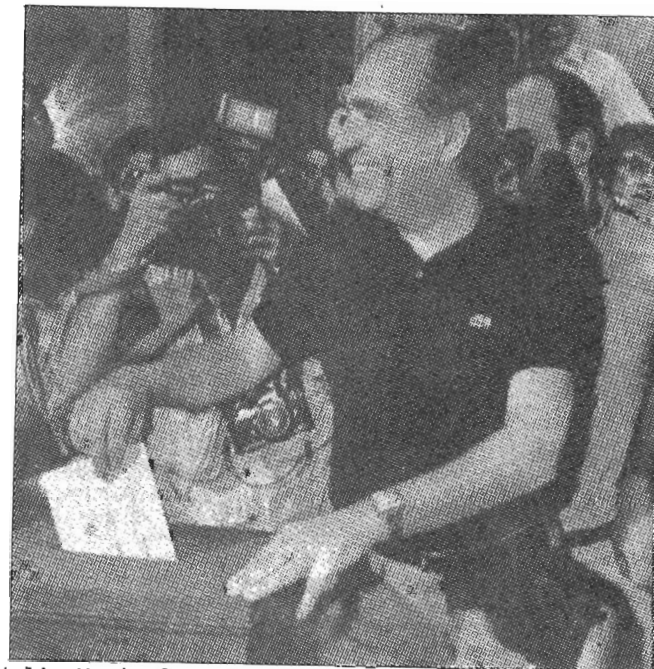
Vor allem anderen möchten wir Ihnen und der Welt für die unschätzbare Hilfe danken, die Sie auf tausend verschiedene Weisen während all dieser zwölf Jahre der Sache unseres Volkes erwiesen haben, um die demokratische Morgenröte zu erreichen, die wir heute genießen.

Indem wir das tun, erlauben wir uns, erneut an ihre schon erwiesene Großzügigkeit zu appellieren, denn wir sind überzeugt, daß Ihre Hilfe unentbehrlich ist, um eine Verbesserung der oben beschriebenen Situation in die Wege zu leiten.

Als Garantie dafür, daß jeder Geldbetrag, den Sie uns anbieten, auch in unsere Hände kommt, damit wir ihn für die genannten Zwecke verwenden, legen wir Ihnen die Möglichkeit nahe, direkt auf das folgende, dafür eingerichtete Konto zu überweisen:

BANCO MONTEVIDEO (CASA CENTRAL)
Devisenkonto Nro. 01/26541/2
auf die Namen:
Fernández Huidobro, Eleuterio
Manera LLuervas, Jorge
Marenales Saenz, Julio

Anschrift:
Jorge Manera,
Tiburcio Gomez
1798/2
Montevideo



Julio Mario Sanguinetti, erster freige-
wählter Präsident Uruguays nach der Militärdiktatur

Nachdem wir festgestellt haben, daß wir nicht allein sind, danken wir Ihnen schon jetzt für ihre großzügige Antwort auf die Verpflichtung, die wir übernehmen, mit den empfangenen Beträgen der ebenso vornehmen wie schwierigen Aufgabenstellung nachzukommen, und so dürfen wir Sie mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung grüßen.

Für die Nationale Befreiungsbewegung (Tupamaros)
gez. Eleuterio Fernández Huidobro gez. Raúl Sendic
gez. Jorge Manera Lluervas gez. Julio Marenales Saenz

WEST – BERLIN

Uni-Prof Blumenwitz 'rausgeschmissen

Besuch aus Bayern wurde am 11. Juli in der Freien Universität zu Berlin erwartet: Im Rahmen einer Ringvorlesung zum Thema "8. Mai 1945 - Zusammenbruch oder Befreiung?" sollte ein gewisser Herr Blumenwitz am besagten Tage einen Vortrag halten. Doch dazu kam es nicht: Eine Gruppe von etwa 20 Leuten umringte den Gastdozenten und drängte ihn unter leichter Gewaltanwendung aus dem Hörsaal, noch bevor Herr Blumenwitz das Wort an die zweifelsohne größtenteils seiner Person wegen erschienene Zuhörerschaft richten konnte.

Der geneigte Leser wird sich vermutlich fragen, was das Ganze zu bedeuten hat, und vor allem, weshalb dieser Vorfall gerade in den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN aufgegriffen wird. Beide Fragen sind genauso berechtigt wie sie gemeinsam beantwortet werden können.

Zuerst ein paar Worte zur Person des Herrn Blumenwitz. Er ist Professor für Internationales Öffentliches Recht, Allgemeines Verfassungsrecht in Deutschland und Bayern (!) und bekleidet einen Lehrstuhl für Politologie an der Universität Würzburg. In dieser Eigenschaft ist er auch Berater der bayerischen Staatsregierung in Fragen des Verfassungsrechts; zudem gehört er dem Präsidium jener "Gesellschaft für Menschenrechte" an, die unlängst im Schöneberger Rathaus in Berlin eine Ausstellung unter dem bezeichnenden Titel "Nicaragua Libre - Land ohne Freiheit" veranstaltete. In diesem unserem Lande ist Blumenwitz als juristischer Vertreter der völkerrechtlichen Zielsetzungen der Vertriebenenverbände und vor allem als Anwalt des Landes Bayern im Prozeß gegen den Grundlagenvertrag mit der DDR vor dem Bundesverfassungsgericht bekannt geworden. Trotz dieser Vielzahl von 'Verdiensten' muß sich Herr Blumenwitz wohl wie der Prophet vorkommen, dem im eigenen Land die Anerkennung vorenthalten bleibt, die er in einem anderen bereits überschwänglich erhalten hat, wo er wiederholt in der Presse gefeiert und letztlich auch mit einem Preis ausgezeichnet wurde. Daß dieses Land gerade das Chile Pinochets ist, darf nicht als Zufall betrachtet werden, es spiegelt nämlich sehr plastisch und drastisch die politische Heimat dieses bayerischen Professors wieder.

Die Vermittlung von Dieter Blumenwitz an das chilenische Regime kam über niemand Geringeren als Franz-Josef Strauß zustande. Bei dessen Chile-Reise 1977 war ihm von seiten des Militärregimes Interesse an ausländischen - in diesem Falle deutschen - Mitarbeitern und Beratern für das ehrgeizige Verfassungsprojekt Pinochets angetragen worden. In den ersten drei Jahren ihrer Gewalt-herrschaft hatten die militärischen und ökonomischen Machthaber

in Chile nämlich erkannt, daß sie das Land auf Dauer nicht mit so offensichtlichem Terror allein regieren konnten; um die Herrschaft der Rechten zusammen mit dem Militär langfristig sichern zu können, begann die Junta seit 1976 mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die praktisch die 150 Jahre bestehende parlamentarische Demokratie endgültig abschaffen und die faschistische Herrschaft nach dem Putsch von 1973 festschreiben sollte. Und an dieser politischen Institutionalisierung des Faschismus in Chile, die im März 1981 mit der Annahme der Pinochet-Verfassung in einer Plebiszit-Farce abgeschlossen wurde, ist D. Blumenwitz maßgeblich beteiligt. Dieser ist, wie er in verschiedenen Artikeln u.a. in anerkannten juristischen Veröffentlichungen bestätigt, in Verfechter einer "eingeschränkten Demokratie" - von Blumenwitz euphemistisch "wehrhafte Demokratie" genannt - , die dem Militär eine politische Schlüsselrolle vorbehält, einen Scheinparlamentarismus vorsieht und die Menschenrechte den Bürgern nur unter Vorbehalt zugesteht. Dankbar waren denn auch die Äußerungen Blumenwitz' von den regierungstreuen Medien aufgenommen und mit Schlagworten wie "die demokratische Toleranz hat Grenzen" und "keine Freiheit für die Feinde der Demokratie" wiedergegeben worden.

So dürfte es eigentlich den betroffenen Herrn Blumenwitz nicht allzu sehr überrascht haben, in welcher Weise er in der FU Berlin empfangen wurde: Im Grunde genommen ist er nur zum Opfer seiner eigenen Vorstellungen geworden; wer ein anderes Demokratieverständnis hat als der Würzburger Professor, für den ist Blumenwitz zwangsläufig ein "Feind der Demokratie". Ob man der Auffassung ist, die "Schläger" (O-Ton Springer-BZ) hätten sich damit auf eine Stufe mit dem Freund der chilenischen Faschisten gestellt, ist eine formale Frage und wird allein durch den eigenen politischen Standpunkt bestimmt. Die wichtigere Fragestellung ist die nach der politischen Bedeutung und Tragweite des radikalen Vorgehens gegen den Rechtsradikalen an der Hochschule. Die Opportunität sollte nicht zum entscheidenden Kriterium politischen Vorgehens werden, doch genauso wenig darf man sie außer acht lassen. Die Störer der Blumenwitz-Veranstaltung müssen sich die Frage gefallen lassen, ob die negative Kritik in den Medien und das sich zwangsläufig verschlechternde Bild der FU und der Studenten die Verhinderung der Veranstaltung rechtfertigen. Hätten sie nämlich vor ihrer Aktion einen Blick in das Auditorium geworfen, wäre ihnen nicht entgangen, daß mindestens die Hälfte der Anwesenden der hiesigen Soli-Szene angehörte, darunter Chilenen und langjährige Aktive in der Chile-Solidarität. Sie alle waren gekommen, um Herrn Blumenwitz die Fragen zu stellen, die ihm gestellt werden müssen. Dabei wäre dieser - er hatte sich grundsätzlich zu einer Diskussion auch über Chile bereit erklärt - sicherlich erheblich ins Schwitzen gekommen, dafür stellt die Zusammensetzung des Publikums eine Garantie dar. Selbstverständlich kann man einen Blumenwitz nicht

überzeugen, man kann aber verhindern, daß seine Ideen in der von ihm gewünschten Form herüberkommen. Man muß manchen Leuten die Gelegenheit geben, sich selbst als Faschisten zu entlarven, und dazu hätte die Blumenwitz-Veranstaltung eine gute Möglichkeit bieten können. Wenn man dies bedenkt, verliert das an sich berechtigte Argument der "Schläger", solchen Leuten dürfte grundsätzlich keine "Öffentlichkeit für ihren faschistischen Dreck" gegeben werden, an Bedeutung, zumal dies gesamtgesellschaftlich eine Überbewertung der universitären Bühne bedeutet.

Einen üblen Nachgeschmack bekamen die Ereignisse im Zusammenhang mit der Blumenwitz-Vorlesung erst im Nachhinein: Offensichtlich aufgrund der Unfähigkeit der Störer, Kritik an ihrem selbstherrlichen Vorgehen zu akzeptieren, holten sie zu einem Rundumschlag aus und denunzierten die die Vorlesungsreihe veranstaltenden Hochschullehrer, die zweifellos dem fortschrittlichen Flügel der FU zuzurechnen sind, als "Staatsschutzsozialisten". Sicherlich sind diese Professoren für die Ereignisse mitverantwortlich - haben sie sich doch Herrn Blumenwitz von einem seiner Gesinnungsgenossen an dieser Universität aufschwätzen lassen, ohne sich selbst über diesen Herrn ausreichend zu informieren -; sie der Kumpanei mit diesem zu bezichtigen, geht aber weit über das Ziel hinaus. Vielleicht haben sie Möglichkeiten und Relevanz einer Universitäts-Veranstaltung nur zutreffender eingeschätzt.

Wer also gekommen war, um Herrn Blumenwitz einmal richtig in die Pfanne zu hauen, sah sich enttäuscht. Diese Enttäuschung war jedoch gepaart mit einer nicht nur klammheimlichen Freude darüber, daß ein Rechtsradikaler wie er 'mal richtig einen auf's Maul bekommen hat. Diese Genugtuung wäre vielleicht noch größer, wäre dies nach der Veranstaltung mit noch mehr Berechtigung geschehen.

Chilenische Gruppe arbeitsloser Jugendlicher sucht für die Vermittlung von alternativen Technologien in Elendsvierteln (Seminare, Zeitung) deutsche Kooperationsgruppe(n). Weitere Informationen bei:
P. Schmarling, Hollensiek 5, 4800 Bielefeld 1

Die Rivalen des befreienden Gottes

H. Assmann, F. Hinkelammert, J. Pixley, P. Richard, J. Sobrino;
Die Götzen der Unterdrückung und der befreiende Gott.
Aus dem Spanischen von Antonio Reiser u.a., 200 Seiten.
Bezug: Edition Liberación, Postfach 1744, 4400 Münster

Wenn die Kirche "und ihre Machthaber zum Selbstzweck werden, wenn es vor allem darum geht, daß die Institution erhalten (...) wird, dann werden immer das Evangelium und der einfache Mensch geopfert," schreibt Georges Casalis im Nachwort. Die Autoren, evangelische und katholische Christen, haben keine Sorge um die Institution Kirche, deswegen ist nicht der Fortbestand der Kirche, sondern die heutige Welt der Gegenstand der Untersuchung. Sie betrachten die Welt als Kriegsschauplatz, auf dem sich allerlei falsche Götter und unterdrückende Götzen tummeln, die im Widerspruch zu Jahwe, dem befreienden Gott der Armen stehen. Es gilt diese Todesgötzen zu erkennen, um dem richtigen Gott dienen zu können. Das ist nicht ganz einfach, denn die Götzen geben sich nicht mehr heidnisch; sie haben das Gewand Jahwes angelegt und geben sich christlich. Sie bedienen sich theologischer Ausdrücke, religiöser Symbolik, berufen sich auf die christliche Tradition und werden von einem großen Teil des Klerus unterstützt. "Bibeldiebe" nannte sie schon Thomas Müntzer sehr treffend. Kein Wunder, wenn viele einfache christlich-religiöse Menschen auf diesen Teufelstrick hereinfallen und mit allen Mitteln der Propaganda — oft ist die "christliche" Predigt eines der Mittel — eingeflößt bekommen, der Atheismus (=Kommunismus) sei der ärgste Feind und der Osten sei "das Reich des absoluten Übels" (R.Reagan). So läßt sich die Aufrüstungs-ideologie, die "Nach"-Rüstung, der Militarismus, der Rassismus und vieles mehr christlich legitimieren und für naive Christen einleuchtend erklären. Die Folgen einer darauf aufbauenden Politik sind für viele Lateinamerikaner Hunger, Unterdrückung, Folter, Analphabetismus und gewaltsamer Tod. Die Verursacher sind die Götzen des Todes, ihre Namen: Machtwille, Geldgier, Steben nach Reichtum, um nur einige zu nennen. "Götzendienst ist Unterwerfung unter die Macht, die uns beherrscht, ist bewußtlose Anbetung von Aufrüstung, Profitmaximierung und Verelendungspolitik", schreibt D.Sölle. Götzendienst ist das was Marx mit Fetischismus bezeichnet, "es ist die Unterwerfung des Menschen und seines konkreten Lebens unter das Produkt seiner eigenen Hände, mit der daraus folgenden Zerstörung des Menschen selbst" (Hinkelammert), aufgrund der Folgen seines Strebens.

Der Sammelband enthält zwei exegetische Beiträge von Pablo Richard (Chile) und von Jorge V. Pixley (Puerto Rico), einen systematischen Beitrag von Jon Sobrino, einen poetisch-liturgischen von Hugo Assmann (Brasilien) mit einigen Gedichten, darunter eines von Che Guevara "Alte Maria, bald wirst du sterben" und einen ökonomischen Aufsatz von Franz Hinkelammert.

Atombomben — made in Germany

Die bundesdeutsche Rolle in der atomaren Aufrüstung ist Thema einer Alternativkonferenz, die vom 6.-8. September in der IGS Bonn-Beuel stattfindet. Aufgerufen haben Gruppen aus der Anti-AKW, Dritte Welt und Friedensbewegung, sowie Grüne, SPD (Hessen-Süd) und Die Friedensliste.

Während zu dieser Zeit in Genf die "3. Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag" stattfindet, und dort die Bundesregierung erneut das "atomare Unschuldslamm" spielen dürfte, soll die bundesweite Alternativkonferenz in Bonn etwas Licht ins Dunkel der bundesrepublikanischen Verstrickung in die Atomrüstung bringen. In einem Streitgespräch zu Beginn der Konferenz werden Robert Jungk und Klaus Traube darüber diskutieren, ob die Bundesrepublik eine militärische Atompolitik betreibt. In Referaten und Arbeitsgruppen werden anschließend Einzelthemen behandelt wie: BRD-Politik bezüglich der Atomwaffentests (unter Leitung von Greenpeace), Nuklearexporte u.a. nach Südafrika, Argentinien, Brasilien; BRD und nukleare Aufrüstung; BRD, WEU und westeuropäische Nuklearpolitik; Beteiligung der BRD am französischen Atomwaffenprogramm, z.B. über die Anteile am "Super Phönix" - Reaktor in Frankreich; koloniale und ethnische Unterdrückung durch Uranabbau, vor allem in Namibia und Australien ...

Ziel der Konferenz ist es vor allem, die bisher meist getrennt diskutierenden und agierenden Gruppen der Friedens-Anti-AKW- und Dritte-Welt-Solidaritätsbewegung zusammenzubringen und aus der Konferenz heraus möglichst gemeinsame Diskussions- und vor allem auch Aktionsgrundlagen zu schaffen.

Mehr Informationen - sowie Material zur Konferenz gibt es bei Helmut Lorscheid, Klemens-Hofbauer-Str. 17, 5300 Bonn 1, Telefon 67 54 42.

Spendenkonto: H.Lorscheid Sonderkonto, Nr. 77745-509, BLZ 370 100 50, Postgiroamt Köln

Broschüren zum Thema

*Das deutsch-brasilianische
Bombengeschäft*

(Sondernummer der LN)

1980 180 Seiten

Der Griff nach der Bombe

*Das deutsch-argentinische
Atomgeschäft*

1981 140 Seiten

zu beziehen über: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 51

Bundesweite Aktionswoche vom 14. - 21. Oktober 1985

GEGEN DIE MACHT DER KAFFEEKONZERNE

Die Gewinne denen, die den Kaffee anbauen.

KAFFEE ist ein aufregendes Getränk: sei es beim ausgedehnten Kaffeeklatsch, beim Frühstücksschmaus, als stündlicher Muntermacher im Büro oder als schneller Kaffee zwischendurch bei Tchibo - fast jeder Bundesbürger »krönt seine schönsten Stunden« (Jacobs) täglich mit einer Tasse Kaffee und entrückt so dem tristen Alltag auf seine »Insel der Frische« (Tchibo).

KAFFEE läßt aber auch anderen den Puls höher schlagen: den Börsenspekulanten und Kaffeekonzerne, die am weltweiten jährlichen Kaffeumsatz verdienen. Dabei wird nicht nur den Beschäftigten der Konzerne und den Konsumenten kräftig in die Tasche gelangt:

- Plantagenarbeiter in El Salvador oder Brasilien schuften sich buchstäblich zu Tode. Drei Monate Arbeit in der Ernte, und der Lohn reicht nicht zum Überleben der Familie.
- Rothfos (weltgrößter Rohkaffeehändler), Tchibo, Jacobs und wie sie alle heißen, schicken ihre Händler aus. Vom Bremer oder Hamburger Hafen transportieren sie den Rohkaffee nach Berlin, um ihn dort zu rösten. Das ist unsinnig, aber bringt wegen der Berlinförderung noch mehr Geld. Und für Geld gehen die Kaffeekonzerne über Leichen:
- Campesinos und Plantagenarbeiter wehren sich immer mehr gegen ihre Lage. Mit Terror und Gewalt versuchen die herrschenden Klassen in den Anbauländern jeden Widerstand zu brechen. 100 000 Menschen des eigenen Volkes haben allein die Diktaturen El Salvadors und Guatemalas in den letzten Jahren umgebracht. Dafür dürfen sie mitverdienen am langen Weg des Kaffees auf unseren Frühstückstisch. Schließlich wollen sich die Konzerne die Finger nicht selbst schmutzig machen.
- Die sandinistische Befreiungsfront in Nicaragua jagte am 10. Juli 1979 den Diktator Somoza weg. Seitdem versucht das Land einen eigenen Weg zu gehen: Die dortige Regierung stellt sich nicht mehr in den Dienst der ausländischen Multis und auch nicht der einheimischen Großgrundbesitzer. Offener Krieg und ein aggressives Handelsembargo sind die Antwort.

KAFFEE sollte deshalb wachmachen und anregen, über diese Verhältnisse nachzudenken und Konsequenzen zu ziehen. Da wir entsprechende Werbung von den Konzernen nicht verlangen können (etwa: Jacobs - die Krönung der Ausbeutung!) heißt unsere Antwort:

Kauft keinen Kaffee der Konzerne!

Unser Widerstand muß darüber hinausgehen, das Unrecht nur anzuklagen. Erschweren wir deshalb den Kaffee-Konzernen das Geschäft mit der Ausbeutung der Dritten Welt! Laßt uns alle Phantasie anstrengen, damit die Konzernetagen und ihre public-relations-Abteilungen unruhige Tage haben!

Koordinationsstelle: Informationsbüro Nicaragua e.V., Postfach 1013 20, 5600 Wuppertal 1, Tel. 0202/76 05 27

Koordinationsstelle Nord: Dritte-Welt-Haus, Buchstraße 14/15, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/32 60 46

Spendenkonto: Informationsstelle Guatemala e.V.,
Postgiroamt München Kto.-Nr. 208159-802
Stichwort: URNG-Volksorganisation
Informationsbüro Nicaragua e.V.
Stadtparkasse Wuppertal (BLZ 330 500 00)
Kto.-Nr. 96 36 11 (Alle eingehenden Gelder
gehen zur Hälfte an die FDR/FMLN und die FSLN.)

AUFRUF

HÄNDE WEG VOM ASYLRECHT

Vor dem 8. Mai 1945 flohen mehrere hunderttausend vom Nationalsozialismus Verfolgte aus Deutschland. Viele fanden den Tod, weil ihnen niemand Asyl gewährte. Aus dieser Erfahrung heraus gibt unsere Verfassung politisch Verfolgten das Grundrecht auf Asyl.

40 Jahre danach erleben wir einen Frontalangriff auf dieses Grundrecht. Unter dem Vorwand, den "echten" Flüchtling schützen zu wollen, fordert man, den Begriff des politisch Verfolgten einzugrenzen. Durch Änderungen von Verfahrensvorschriften soll die Wahrnehmung des Asylrechts erschwert werden. Schlagworte von Asylantenflut, Asylmißbrauch und Schmarotzertum schüren irrationale Ängste in der Bevölkerung. Tatsächlich leben weniger als 90.000 anerkannte Flüchtlinge in unserem Land. Auch die gegenwärtige Zahl der Asylgesuche ist im internationalen Vergleich nicht beunruhigend.

Die Anerkennungszahlen im Asylverfahren widerlegen den generellen Vorwurf des Asylmißbrauchs. Im übrigen haben viele abgelehnte Flüchtlinge ein Bleiberecht aus humanitären Gründen. Die Bundesrepublik und Europa können sich nicht durch eine Politik der geschlossenen Grenzen und der verschlossenen Augen von internationalen Problemen abschotten.

Die Menschenwürde vieler Asylsuchender wird durch jahrelange Verfahren, Zwangsaufenthalte in Sammelunterkünften, Arbeitsverbot und andere Abschreckungsmaßnahmen verletzt. Das trifft besonders Familien mit Kindern.

Im Bewußtsein unserer historischen Verpflichtung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus rufen wir dazu auf, sich den Angriffen auf Asylrecht und Menschenwürde zu widersetzen.

Initiatoren:

amnesty international, Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V., Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V., Gesellschaft für bedrohte Völker e. V., Gustav-Heinemann-Initiative e. V., terre des hommes, Deutschland e. V., Wir e. V. Forum für besseres Verständnis zwischen Deutschen und Ausländern.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

ila-info Nr. 87, Juli 1985

Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Schwerpunkt: No future in El Salvador? Im fünften Jahr des bewaffneten Kampfes steht die FMLN mit dem Rücken an der Wand, ein "demokratischer" Präsident wurde gewählt. Ging das Konzept der USA auf?

Weiterhin: Die Rolle der US-Medien bei der Lateinamerikaberichterstattung; Die Wende auf der schon fast wieder vergessenen Karibikinsel Grenada; Zur Situation Boliviens vor den anstehenden Wahlen ...

Wie immer: Kurznachrichten zu einzelnen Ländern, Berichte aus der Solidaritätsbewegung (Kaffeeboykott, Bedrohung der El Salvador-Flüchtlinge in Honduras, Weltwirtschaftsgipfelnachlese ...), Leserbrief ...

BRASILIEN NACHRICHTEN Nr. 86, Juni 1985

An der Illoshöhe 30, 4500 Osnabrück

Brasilianischer Industrialisierungsstil und Umweltzerstörung / Union Carbide do Brasil in Cubatão / Vietnam in Pará / Sie töten unsere Flüsse und töten uns durch Hunger / Fischteichprojekte in Nordostbrasilien / Entwicklung des Atomprogramms / Der Sojaanbau und die ökologischen Auswirkungen / Die Gefährdung des Ökosystems Amazonas / Schon fast 400 Tausend Obdachlose im Nordosten / Die ersten Tage der "Neuen Republik" - Tancredos Tod / Reise ans Ende einer Stadt / Sozialdaten/Metallerstreik

blätter des iz3w Nr. 126, Juni 1985

Postfach 5328, 7800 Freiburg

Themenschwerpunkt: Südliches Afrika: Der Apartheidstaat 1985 / Freiheitscharta contra Black consciousness? / Angola: Krieg ohne Ende? / Leben und Widerstand schwarzer Frauen / Geschäfte der Dresdner Bank in Südafrika / Zwangsumsiedlungen: Die hässlichste Seite der Apartheid

Nachrichten und Berichte zu: Paraguay / Puerto Rico: Kernwaffen in einer atomwaffenfreien Zone? / El Salvador / Äthiopien: Umsiedlungen als Hilfe oder Waffe der Zentralregierung?

AIB 7/1985

Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Kommentar: Stroessner verschont Bonn / Brasilien nach Tancredo Neves / Libanon: Wem nutzt der Bruderkrieg / Naher Osten: Die "jordanische" Option - US-Special Forces in Jordanien - Menschenrechte in Jordanien / Aufstandsbekämpfung auf philippinisch / Mocambique: Die bitteren Früchte von Nkomati / Namibia: "Interne Lösung" zweiter Akt / Tourismus / 9. BUKO

AIB-Sonderheft 3/1985

Liebigstr. 46, 3550 Marburg

"Mittelamerikakrise"

Mittelamerika: Bilanz und Perspektiven / Nicaragua: Boykott und Wirtschaftskrise / Umsiedlungen / Kubas Hilfe / Amtsantrittsrede D. Ortegas / US-Intervention / El Salvador: Duarte im Zugzwang / Interviews mit H. Oqueli, J. Villalobos und R. Zamora / Guatemala: Scheindemokratisierung / BRD: Komplize Washingtons?

epd-Entwicklungspolitik 12/85

Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17

Ch. Wichterich: Entwicklung im Krebsgang / B.v.Devivere: NeunterWeltforstkongreß / Al Imfeld: Was bringt das Tropenholzabkommen? / U. Hoering: Forstwirtschaft und Entwicklung / E. Stelck: "Dritte Welt" hat sich eingespielt...

PERIPHERIE Nr. 20/Frühjahr 1985

Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

M. Münzel: Der vorläufige Sieg des indianischen Funktionärs über den indianischen Medizinmann in Lateinamerika / R. Gordon: Gehegt bis zur Ausrottung: Buschleute im Südlichen Afrika / R.v.Capelleveen: Schwarze Erfahrung und Marginalität. Zum Verhältnis von Rassismus und Klassengesellschaft in den USA / I. Lenz: Zur 'Tunnelvision' in sozialen Bewegungen / L. Rossbach/V. Wunderlich: Indianische Vertragsrechte und nicaraguanischer Nationalstaat: Die Miskito-Konvention von 1894

Eingegangene Bücher

Peter Schwiebert, Helmut Thielen: Landwirtschaft und ökologische Planung in Nicaragua, Managua und Berlin 1985; zu beziehen bei: Helmut Thielen, FB 14 der TU Berlin, Franklinstr. 28/29, 1000 Berlin 10

Rolf Bräuer: Soziale Konstitutionsbedingungen politischen Lernens in der Theorie Paolo Freires, Haag+Herchen, Frankfurt a.M. 1985

Edgar Fürst et al.: Nicaragua: Aufbruch in Abhängigkeiten. Fünf Jahre sandinistischer Wirtschaftspolitik, erweiterte Auflage, Ed. Nahua, Wuppertal 1985

Christoph Links, Hannes Bahrmann: 6 mal Mittelamerika. Konflikte einer Region Dietz, Berlin (DDR) 1985

Arteno Spellmeier: Sprich mit den Sprachlosen ein Wort. Schicksale am Amazonas, Vlg. des Gustav-Adolf-Werkes, Vlg. der ev.-luth. Mission, Kassel, Erlangen 1985

IWF - Weltbank. Entwicklungshilfe oder finanzpolitischer Knüppel für die 'Dritte Welt?', AKE c/o Bund der Deutschen Katholischen Jugend, Schwabstr. 70A, 7 Stuttgart 1, April 1985

Alberto Gamboa: Eine Reise durch die Hölle, Neukirchener Verlag 1985

Hella Schlumberger: Bolivien - schwankende Wiege der Freiheit. Land zwischen Kokainmilitärs und Demokraten, Bund-Verlag, Köln 1985

A.E. Fernández Gilberto: Dictadura Militar y Oposición Política en Chile, 1973 - 1981, Publicación del CEDLA, Amsterdam 1985, zu-beziehen über: FORIS Publications Holland, P.O.Box 509, NL - 3300 AM Dordrecht

Korrektur eines Titels:

Thomas Mayr: Unterdrückung und indianischer Widerstand in Kolumbien - Das Beispiel des CRIC (Regionaler Indianerrat des Cauca), Kassel 1985

Institut für Iberoamerika-Kunde Hamburg: Brasiliens Agrarfrage: Modernisierung und ihre Folgen. Heft Nr. 3 der Reihe LATEINAMERIKA. Analysen, Daten, Dokumentation, Hamburg, April 1985

Betr.: Mütter der Plaza de Mayo / Argentinien

Seit Dezember 1984 geben die "Mütter der Plaza de Mayo" eine Monatszeitschrift heraus:

"Madres" verteidigt die Demokratie und die Menschenrechte,

"Madres" fordert Bestrafung der Menschenrechtsverbrecher und Gerechtigkeit für die Opfer der Militärdiktatur,

"Madres" ist mit einer Auflage von 20'000 Exemplaren zur meistverkauften politischen Monatsschrift in Argentinien geworden.

Für die Bundesrepublik und Berlin(West), die Schweiz und Österreich kostet das einfache Jahresabonnement DM 50,-; für Institutionen DM 70,-.

Die Abo-Zahlungen werden über das Konto

- * Jochen Kranz
- * Sparkasse der Stadt Berlin (West)
- * BLZ 100 500 00
- * Konto-Nr. 0720 129 338

abgewickelt.

Nach Einzahlung auf das Konto (Absender bitte deutlich schreiben) wird "Madres" direkt aus Argentinien zugeschickt.

Natürlich sind die "Mütter der Plaza de Mayo" auch über jede Spende erfreut. Ihre Menschenrechtsarbeit ist für die labile argentinische Demokratie wichtiger denn je.

Auch für Spenden kann obiges Konto benutzt werden.

ACHTUNG!!!

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN gehen nach diesem Heft in die Sommerpause. Das nächste Heft - Nr. 141 - erscheint Anfang Oktober. Bitte nicht das September-Heft anmahnen. Es gibt kein's.

Schönen Urlaub!